

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

2003

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

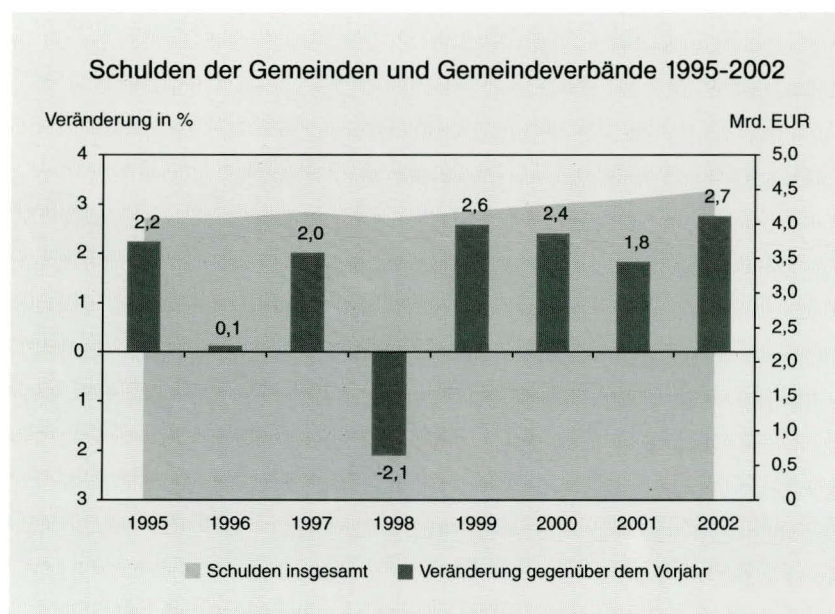
August

September

Oktober

November

Dezember



Statistisches Landesamt

56. Jahrgang
Heft 8
August 2003

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

Inhalt

Amtliche Energiestatistik neu geregelt	117	Am 1. Januar 2003 ist das Energiestatistikgesetz nach langer Vorbereitungszeit in Kraft getreten. Mit diesem neuen Gesetz werden die amtlichen Energiestatistiken aus verschiedenen Rechtsgrundlagen zusammengeführt und an die gewandelten Informationsbedürfnisse der Nutzer angepasst.
Wohnungen und Mieten im April 2002 – Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatz- erhebung –	124	Die Mikrozensus-Zusatzerhebungen zur Wohnsituation liefern alle vier Jahre aktuelle Ergebnisse unter anderem zum Baualter der Wohngebäude, der Größe der Wohnungen, den Eigentums- und Mietverhältnissen.
Kurzbeiträge	130	Schulden der kommunalen Körperschaften im Jahr 2002
	131	Einpersonenhaushalte und Familien mit Kindern – Ausgewählte Ergebnisse des Mikrozensus 2002
Anhang	85*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	94*	Daten zur Konjunktur Deutschland/Rheinland-Pfalz
	96*	Neuerscheinungen im Juli

Amtliche Energiestatistik neu geregelt

Der Energiesektor ist ohne Frage wichtiger Bestandteil einer Volkswirtschaft. Zentrale energiepolitische Aufgabe ist die Sicherstellung einer nachhaltigen Energieversorgung, die eine gleichermaßen sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energiebereitstellung und -nutzung gewährleistet. Bei der Verfolgung dieser Zielsetzung sind die zuständigen politischen Institutionen in Bund und Ländern auf verlässliche statistische Informationen angewiesen. Informationen über die Energieversorgung sind ebenfalls wichtige Orientierungsgrößen für andere Politikbereiche, wie zum Beispiel für die Wirtschafts-, Umwelt-, Verkehrs- und Finanzpolitik.

Das in Deutschland vorhandene energiestatistische Datenangebot genügte allerdings nicht mehr den Anforderungen, die sich aus der umfassenden wirtschaftlichen und politischen Bedeutung des Energiesektors ergeben. In den zurückliegenden Jahrzehnten existierte keine amtliche Energiestatistik, die eine zusammenhängende Darstellung des Aufkommens, der Umwandlung und der Verwendung von Energieträgern ermöglichte. Stattdessen gab es eine Reihe von Einzelgesetzen, die mittelbar oder unmittelbar energierelevante Tatbestände berührten. Die Zersplitterung der energiestatistischen Rechtsgrundlagen war auch von erheblichem Nachteil für die statistische Aufbereitung und Interpretation von Energiedaten.

Am 1. Januar 2003 ist das Energiestatistikgesetz nach langer Vorbereitungszeit in Kraft getreten. Mit diesem neuen Gesetz werden die amtlichen Energiestatistiken aus verschiedenen Rechtsgrundlagen zusammengeführt und an die gewandelten Informationsbedürfnisse der Nutzer angepasst.

Mehr über dieses Thema auf Seite 117.

Gute Wohnungsversorgung in Rheinland-Pfalz

Nach den Ergebnissen der im April 2002 durchgeführten Mikrozensus-Zusatzerhebung gab es in Rheinland-Pfalz gut 1,8 Mill. Wohnungen in Wohngebäuden, das waren 98% aller Wohnungen. Von diesen waren zum Zeitpunkt der Erhebung fast 1,7 Mill. oder 92,3% bewohnt. Auch wenn noch jede zehnte bewohnte Wohnung vor 1900 errichtet wurde, prägt die starke Neubautätigkeit der letzten Jahrzehnte den rheinland-pfälzischen Wohnungsmarkt. Seit 1979 wurden 463 000 Wohnungen oder 28% der jetzt bewohnten Einheiten fertig gestellt. Insbesondere der Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern bestimmt entscheidend die Wohnungsverversorgung.

Die Eigentumsquote in Rheinland-Pfalz beläuft sich auf 55,7%, damit nimmt das Land im Vergleich aller 16 Bundesländer den zweiten Rang ein. Dieser Sachverhalt bestimmt in entscheidender Weise die Größe der Wohnungen und die je Person zur Verfügung stehende Wohnfläche. Die durchschnittliche Fläche der bewohnten Wohnungen nahm zwischen 1998 und 2002 um 4 auf fast 104 m² zu. Eigentümer konnten mit ihrem Haushalt im Mittel knapp 125 m², Mieter mit ihren Angehörigen gut 77 m² bewohnen.

Als durchschnittliche Miete je Quadratmeter Wohnfläche – es handelt sich hier um die Kaltmiete einschließlich der Betriebskosten – wurden 5,52 Euro ermittelt; das sind 4,9 % mehr als vor vier Jahren. In den einzelnen Landesteilen unterscheiden sich die Mieten teilweise deutlich. Am höchsten lagen sie in Rheinhesen mit den kreisfreien Städten Mainz und Worms sowie den Landkreisen Mainz-Bingen und Alzey-Worms mit 6,56 Euro (+8,6%). Erheblich weniger kostete der Quadratmeter Wohnraum in der Region Trier (Stadt Trier und angrenzende Landkreise) mit 5,11 Euro (+7,4%).

Mehr über dieses Thema auf Seite 124.

Erstmals mehr als 80 Habilitationen an rheinland-pfälzischen Hochschulen

Im Jahr 2002 wurde in Rheinland-Pfalz mit 82 erfolgreich abgeschlossenen Habilitationsverfahren ein Höchststand bei der Ausbildung wissenschaftlichen Lehrpersonals erreicht. 18 Verfahren wurden von Frauen abgeschlossen, auch das waren so viele wie nie zuvor. Unter den Nachwuchswissenschaftlern, die durch die Habilitation ihre wissenschaftliche Lehrbefähigung erbracht haben und sich nun um Professuren an wissenschaftlichen Hochschulen bewerben können, war ein Ausländer.

Mit jeweils 23 abgeschlossenen Habilitationsverfahren waren die Fächergruppen Mathematik und Naturwissenschaften sowie Medizin am stärksten vertreten. Zwanzigmal wurde die Erlaubnis, an Hochschulen zu lehren, für Fachgebiete der Sprach- und Kulturwissenschaften und zwölfmal in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften verliehen.

Die meisten Habilitationsarbeiten (54) wurden – wie bereits in den vergangenen Jahren – an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz verfasst. Es folgte mit elf Habilitationsschriften die Universität Trier. An der Universität Kaiserslautern wurden neun, an der Universität Koblenz-Landau fünf und an den übrigen Hochschulen drei Wissenschaftler habilitiert.

60 Personen (73%) standen zum Zeitpunkt der Habilitation in einem Beschäftigungsverhältnis zur Hochschule, davon 25 in einer Dauerstellung und 35 in einem befristeten Arbeitsverhältnis. Das Durchschnittsalter der Habilitanden lag wie im Vorjahr bei 39 Jahren. Der älteste Wissenschaftler war bei Ablegen der Prüfung 60, der jüngste 29 Jahre alt.

Nach der von Bundestag und Bundesrat im Jahr 2001 beschlossenen großen Hochschulreform soll künftig die Juniorprofessur die Habilitation ersetzen. Für eine Übergangszeit bis zum Jahr 2010 können begonnene oder zum Zeitpunkt der Gesetzesverabschiedung geplante Habilitationsverfahren aber noch abgeschlossen werden. Als einer der Gründe für die Abschaffung wird die zu lange Ausbildung und damit das zu hohe Durchschnittsalter der Neuhabilitierten genannt.

Zahl der Abschlussprüfungen an Hochschulen ging weiter zurück

Knapp 9 700 Abschlussprüfungen wurden im Prüfungsjahr 2002 (Wintersemester 2001/02 und Sommersemester 2002) vor akademischen, staatlichen und kirchlichen Prüfungsämtern in Rheinland-Pfalz erfolgreich abgelegt. Nachdem im Prüfungsjahr 1999 mit knapp 11 400 erfolgreichen Prüfungsverfahren ein Spitzenwert zu verzeichnen war, ist die Absolventenzahl seither wieder rückläufig und sank im Jahr 2002 erstmals seit neun Jahren wieder unter 10 000.

Die Hälfte der Geprüften im Jahr 2002 waren Frauen. Ihr Anteil unter den Hochschulabsolventen ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen.

Knapp 40% der Prüfungsteilnehmer (3 853) beschlossen eine wissenschaftliche Ausbildung mit Universitätsdiplom bzw. entsprechendem akademischem Abschluss. Über ein Drittel (3 432) erlangte einen Fachhochschulabschluss, knapp 12% (1 151) beendeten das Studium mit einer Lehramtsprüfung und 10% (947) erlangten einen Dokortitel. Masterabschlüsse waren mit knapp 1% (79) eher die Ausnahme. Diese Abschlüsse werden jedoch mit steigender Zahl entsprechend ausgerichteter Studiengänge in den kommenden Jahren zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Nach fachlichen Schwerpunkten gegliedert wurden mit 38% (3 659) die meisten Abschlüsse in Fächern der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften erlangt. Auf die Fachgebiete der Sprach- und Kulturwissenschaften entfielen 23% (2 191), auf die Ingenieurwissenschaften 15% (1 423) und auf mathematisch-naturwissenschaftliche Gebiete 13% (1 304). Deutlich weniger Prüfungsabschlüsse gab es – bedingt durch niedrige Studierendenzahlen – in den übrigen Fächergruppen. Auf Humanmedizin entfielen 7,3% (710), auf

Kunst und Kunstwissenschaft 3,1% (298). Unter 1% lagen die Anteile in Sport sowie in den Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften.

82% (7 909) aller erfolgreichen Prüfungen waren Erstabschlüsse. Die restlichen 18% wurden nach Zweitstudien bzw. weiterführenden Studien wie Ergänzungs-, Erweiterungs-, Promotions- oder Aufbaustudien erlangt.

Weniger Verkehrsunfälle in den ersten sechs Monaten Zahl der Todesopfer stieg leicht an

Weniger Verkehrsunfälle, weniger Verletzte und eine Zahl der Getöteten, die auf dem Niveau des Vorjahres liegt: Diese Bilanz ergeben die vorläufigen Ergebnisse für das erste Halbjahr 2003. 174 Menschen verloren demnach bei Unfällen ihr Leben, zwei mehr als von Januar bis Juni vergangenen Jahres. Die Zahl der Schwerverletzten lag mit 2 250 um fast 100 niedriger als im ersten Halbjahr 2002, leicht verletzt wurden 9 264 Unfallbeteiligte, das waren in etwa so viele wie im gleichen Vorjahreszeitraum. Rund 59 300 Karambolagen nahmen die Polizeidienststellen im Land in den ersten sechs Monaten zu Protokoll, das waren gut 840 weniger als im ersten Halbjahr 2002.

Mit dem leichten Rückgang der Unfall- und Verletzungszahlen liegt Rheinland-Pfalz im Bundestrend. Nach den für alle Bundesländer bisher vorliegenden Zahlen für die Monate Januar bis Mai wurden bundesweit allerdings weniger Menschen getötet als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Industrie bekam auch im Mai weniger Aufträge Fahrzeugbau legte gegen den Trend zu

Die rheinland-pfälzische Industrie erhielt im Mai im zweiten Monat in Folge weniger Aufträge. Der Wert der Bestellungen lag preisbereinigt um 3,3% niedriger als im Mai 2002. Die Bestellungen aus dem Ausland blieben um knapp 2% unter dem Wert des entsprechenden Vorjahresmonats, die Inlandsnachfrage sank um 4,5%. Bereits im April hatte es weniger Aufträge gegeben als im April 2002.

Ausbleibende inländische (-11,8%) und ausländische Bestellungen (-36,2%) besicherten vor allem den Herstellern von Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten starke Einbußen von insgesamt 20,3%. Ebenfalls deutlich unter dem Vorjahresniveau lagen die Aufträge in der chemischen Industrie (-9,5%). Anders verlief hingegen die Entwicklung im rheinland-pfälzischen Fahrzeugbau, der durch gesteigerte Inlands- und Auslandsorder den Vergleichswert des Vorjahres um 13,3% übertraf.

Amtliche Energiestatistik neu geregelt

Am 1. Januar 2003 trat das Energiestatistikgesetz (EnStatG)¹⁾ nach langer Vorbereitungszeit in Kraft. Mit diesem neuen Gesetz wurden die amtlichen Energiestatistiken aus verschiedenen Rechtsgrundlagen zusammengeführt und an die gewandelten Informationsbedürfnisse der Nutzer angepasst, wobei künftig auch für die Bereiche Wärmemarkt, Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbare Energieträger Statistikdaten bereitgestellt werden. Neu geregelt wurde außerdem die Befragung über den Energieeinsatz in der Industrie, was zu einer deutlichen Entlastung gerade bei den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) führt. Somit wurde auch der Vorgabe der Politik nach Entlastung der Auskunft Gebenden und nach Kostenneutralität der amtlichen Statistik Rechnung getragen. Mit dem In-Kraft-Treten des Gesetzes wurde darüber hinaus eine Empfehlung des Statistischen Beirates zur Neuordnung der Energiestatistik umgesetzt. Der nachfolgende Beitrag, der von dem für Energiestatistiken zuständigen Referatsleiter im Statistischen Bundesamt Diplom-Kaufmann Wolfgang Bayer verfasst wurde, beleuchtet den energiepolitischen Hintergrund und informiert über die Ausgestaltung des neuen Gesetzes.

Ausgangssituation

„Wirtschaft ohne Energie geht schon rein physikalisch nicht“, sagte der – zu dieser Zeit noch designierte – Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) Wolfgang Clement²⁾ zu Beginn der neuen Legislaturperiode und wies damit sogleich auf die besondere Bedeutung der Energiewirtschaft zur Sicherung und Aufrechterhaltung der Produktionsprozesse hin. Der Energiesektor ist ohne Frage wichtiger Bestandteil einer Volkswirtschaft. Zentrale energiepolitische Aufgabe ist die Sicherstellung einer nachhaltigen Energieversorgung, die eine gleichermaßen sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energiebereitstellung und -nutzung gewährleistet. Bei der Verfolgung dieser Zielsetzung sind die zuständigen politischen Institutionen in Bund und Ländern auf verlässliche statistische Informationen angewiesen. Informationen über die Energieversorgung sind ebenfalls wichtige Orientierungsgrößen für andere Politikbereiche, wie zum Beispiel für die Wirtschafts-, Umwelt-, Verkehrs- und Finanzpolitik.

Das in Deutschland vorhandene energiestatistische Datenangebot genügte allerdings nicht mehr den Anforderungen, die sich aus der umfassenden wirtschaftlichen und politischen Bedeutung des Energiesektors ergeben. In den zurückliegenden Jahrzehnten existierte keine amtliche Energiestatistik, die eine zusammenhängende Darstellung des Aufkommens, der Umwandlung und der Verwendung von Energieträgern ermöglichte. Stattdessen gab es eine Reihe von Einzelgesetzen, die mittelbar oder unmittelbar energierelevante Tatbestände berührten.

Die bislang wichtigste Rechtsgrundlage zur Erhebung energiestatistischer Daten war das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6. November 1975 in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. März 2002. Dieses Gesetz bildete bis Ende letzten Jahres die Rechtsgrundlage für Erhebungen bei Betrieben und Unternehmen der Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. Außerdem enthielt es Regelungen für die Erhebung von Brennstoffen sowie von Elektrizität bei Betrieben des Bergbaus, der Gewinnung von Stei-

nen und Erden sowie des verarbeitenden Gewerbes. Weitere Statistiken mit Energiebezug waren bzw. sind im Rohstoffstatistikgesetz, im Gesetz über die statistische Erfassung der in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbrachten festen Brennstoffe, im Mineralölstatistikgesetz sowie im Außenhandelsstatistikgesetz geregelt.

Die Zersplitterung der energiestatistischen Rechtsgrundlagen war von erheblichem Nachteil für die statistische Aufbereitung und Interpretation von Energiedaten. So erforderte eine Gesamtdarstellung des Energieflusses einen erheblichen Aufwand für die Auswertung der verschiedenen Einzelstatistiken, deren Erhebungsmerkmale bisher nicht genügend aufeinander abgestimmt waren. Wichtige Teilbereiche der Energieversorgung wurden außerdem durch die frühere Energiestatistik nur unzureichend erfasst. Dies galt beispielsweise für die Kraft-Wärme-Kopplung, für die Nutzung erneuerbarer Energieträger, wie Sonne und Wind, sowie für zentrale Verwendungsbereiche, wie Haushalte und Kleinverbraucher.

Seit der Verabschiedung des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe Ende der 1970er Jahre hat der Bedarf an Daten über die Energieerzeugung und -verwendung in inter- und supranationalen Organisationen, wie der Internationalen Energie-Agentur (IEA), dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) oder der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE), erheblich zugenommen. Diesen Verpflichtungen konnte die Bundesregierung nur mit Einschränkungen gerecht werden. Eine bereits im Jahr 1992 für das Bundesministerium für Wirtschaft durchgeführte Bestandsaufnahme der Energiestatistik in der Bundesrepublik Deutschland durch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) kam zu dem Ergebnis, dass „angesichts des in vielen energierelevanten Bereichen konstatierten erheblichen Informationsdefizits ein Handlungsbedarf zur Verbesserung der Datenbasis offenkundig ist“.³⁾ Vor dem Hintergrund der gesellschaftspolitischen Bedeutung von Energiefragen war eine Umsetzung dieses Handlungsbedarfs dringend geboten. Diese Einschätzung wurde auch im jüngsten Energiebericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie bestätigt.⁴⁾

Auch im Hinblick auf die international eingegangenen Verpflichtungen zur Reduktion von Treibhausgasen und zur Berichterstattung hierüber war der bisherige Zustand unbefriedigend. Die Berechnung der Emissionsentwicklung beim mengenmäßig bedeutendsten Klimagas – dem Kohlendioxid – kann nur auf der Basis von

1) Gesetz zur Neuregelung der Energiestatistik und zur Änderung des Statistikregistergesetzes und des Umsatzsteuergesetzes vom 26. Juli 2002, Artikel 1 „Gesetz über Energiestatistik (Energiestatistikgesetz – EnStatG)“ (BGBl. I S. 2867).

2) Süddeutsche Zeitung vom 9. Oktober 2002.

3) Messer, R./Ziesing, H.-J.: „Aktueller und längerfristiger Bedarf an energiestatistischen Basisdaten“, Gutachten des DIW, Berlin 1992, S. 74.

4) Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: „Nachhaltige Energiepolitik für eine zukunftsfähige Energieversorgung (Energiebericht)“, Berlin 2001, S. 19 und 21.

Energieeinsatzmengen vorgenommen werden. Eine möglichst vollständige und ausreichend detaillierte Erfassung der in den einzelnen Verwendungsbereichen eingesetzten Energieträger ist deshalb eine wichtige Voraussetzung für eine sachgerechte Politik zum Schutz der Erdatmosphäre. Auch dies machte eine gegenüber dem früheren Zustand erhebliche Verbesserung der energiestatistischen Datenbasis notwendig.

Schließlich haben sich die Rahmenbedingungen für die Energiewirtschaft, insbesondere für die leitungsgebundene Energieversorgung, in den letzten Jahren grundlegend verändert. Durch die Deregulierung und Liberalisierung der europäischen Strom- und Gasmärkte wurde ein Umbruch der Marktstrukturen in Gang gesetzt, dessen Ende noch nicht abzusehen ist. Auf der Angebotsseite werden nach wie vor Unternehmen entflochten, neue Anbieter treten hinzu und veränderte Produktformen werden auf dem Markt angeboten. Auf der Konsumentenseite bilden sich neue Formen der Organisation von Nachfrage (als Stichworte seien genannt: Bündel- und Kettenkunden, Contracting usw.). Die Erfassungsmöglichkeiten der amtlichen Statistik waren auf diese veränderten Marktbedingungen nicht ausgerichtet. Hier bestand dringender Anpassungsbedarf hinsichtlich der Formulierung adäquater Erhebungstatbestände und Erfassungsstufen.

Die Anforderungen der Energiepolitik an das energiestatistische Datenmaterial sind zudem vielfältig und gehen über die allgemein gültigen Kriterien wie Zuverlässigkeit, Objektivität und Aktualität hinaus. Dabei sind zwei Aspekte besonders hervorzuheben, die sich aus konkreten energiepolitischen Aufgabenstellungen ergeben.

Im Energiebereich kommt es in besonderem Maße auf die Vollständigkeit der Erhebung aller Komponenten an. Klammert man Teilmärkte aus, wird die Aussagefähigkeit einer Gesamtbetrachtung entscheidend verringert. Eine Gesamtbetrachtung findet in Form einer Energiebilanz statt. (*Anmerkung der Redaktion:* In Rheinland-Pfalz wird diese vom Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau erstellt.) Versorgungsanteile, Importabhängigkeiten, Energie-Einsparentwicklungen und die Zielerreichung im Zusammenhang mit der international eingegangenen Verpflichtung zur Reduktion der Klimagase können nur dann zuverlässig beurteilt werden, wenn die Versorgungsströme möglichst vollständig abgebildet werden. Dies ist auch notwendige Voraussetzung dafür, dass ein internationaler Handel mit Emissions-Zertifikaten eingeführt werden kann.

Außerdem muss im Energiebereich besonderer Wert auf eine zeitnahe und mit möglichst kurzer Periodizität erfolgende Erhebung und Berichterstattung gelegt werden. Dies ergibt sich aus der zentralen Verantwortung der Energiepolitik für die Gewährleistung einer ausreichenden und sicheren Energieversorgung. Die Sicherstellung der Energieversorgung erfordert insbesondere bei nicht oder nur begrenzt speicherfähigen Energieträgern wie Elektrizität und Gas eine auf kurze Zeiträume bezogene Betrachtungsweise. Für die wesent-

lichen Versorgungsmerkmale sind deshalb monatliche Erhebungen und Aufbereitungen notwendig. Nur so können eine ausreichend genaue Beurteilung des Lastverlaufs der Energieversorgung vorgenommen und Vorsorge zur Vermeidung von Krisensituationen getroffen werden. Im Übrigen bestehen Anforderungen nach monatlicher Berichterstattung auch durch internationale statistische Behörden und Institutionen sowie aufgrund von Verpflichtungen im Rahmen supranationaler Krisenvorsorgesysteme.

Einzelstatistiken wurden in einem Gesetz zusammengefasst und ergänzt

Mit dem neuen Energiestatistikgesetz wurde für die Energiepolitik ein energiestatistischer Rahmen geschaffen, der möglichst viele Energieträger und Verwendungsbereiche umfasst. Dabei wurde ein einheitliches Erhebungskonzept zugrunde gelegt und die Grundlage für eine Energiefachstatistik geschaffen. In dieses Konzept wurden zunächst die bislang verstreut angeordneten Einzelstatistiken eingebracht. Hierzu war es notwendig, die Regelungen für diese Einzelstatistiken zu aktualisieren und vorhandene Lücken zu schließen. Gleichzeitig konnten bestehende Überschneidungen eliminiert und der Erhebungsumfang und die Berichtskreise auf das sachlich notwendige Maß reduziert werden.⁵⁾ Außerdem wurden Erhebungen für einige Energieträgerbereiche angeordnet, deren statistische Erfassung bisher noch nicht ausreichend geregelt war. Darüber hinaus berücksichtigt das neue Gesetz die Anforderungen an eine umfassende und aktuelle Berichterstattung im föderalen Staatsaufbau der Bundesrepublik Deutschland durch entsprechende regionale Aufgliederungen bestimmter Merkmale. Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes wurde auch eine Empfehlung des Statistischen Beirates nach Neuordnung der Energiestatistik umgesetzt. Die tabellarische Übersicht zeigt die wesentlichen Änderungen auf einen Blick.

Angesichts des engen Haushaltsrahmens für die amtliche Statistik musste sich das Gesetz auf die Behandlung der dringendsten Probleme der Energiestatistik konzentrieren. Um den Forderungen nach Entlastung und Kostenneutralität zu entsprechen, konnten zusätzliche Erhebungen nur in dem Umfang realisiert werden, in dem das bisherige Programm der Energiestatistik reduziert wurde. Die neu aufgenommenen Erhebungen für den Wärmemarkt, die Kraft-Wärme-Kopplung, die erneuerbaren Energieträger und den Kohleaußenhandel standen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Rückführung einiger Erhebungen, beispielsweise der Statistik über die industrielle Energieverwendung. Hier wurden im Vergleich zu bisher geltenden Regelungen erhebliche Entlastungen von Berichtspflichtigen vorgesehen. Dies gilt insbesondere für die Betriebe und Unternehmen des Bergbaus, der Gewinnung von Steinen und Erden sowie des verarbeitenden Gewerbes, bei denen auf die bisherige monatliche bzw. vierteljährliche Erhebung bei höchstens 68 000 Betrieben verzichtet wurde; hier findet nur noch eine jährliche Erfassung bei bundesweit maximal 60 000 Betrieben statt. Befreit werden diese Betriebe auch von der Meldung zur jährlichen Statistik über die Erzeugung und Verwendung von brennbaren Gasen. Ferner wurden die monatlichen Erhebungen über Aufkommen,

5) Siehe Angermann, O./Laux, G./Reimann, W.: „Überlegungen zur Neuordnung der Statistik im Produzierenden Gewerbe“, in *Wirtschaft und Statistik*: 8/1998, S. 640 ff.

Was ändert sich, was ist neu im Energiestatistikgesetz (EnStatG)?
Das Wichtigste auf einen Blick

Statistik-Nr.	Bezeichnung der Statistik	Periodizität	Berichtskreis EnStatG (bundesweit)	Änderungen (+) neues Merkmal, (-) Merkmal entfällt
066K	Elektrizitätsversorgung (Kraftwerke)	m	maximal 1 000 Anlagenbetreiber	(+) Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)
066N	Elektrizitätsversorgung (Netzbetreiber)	m	maximal 1 000 Netzbetreiber	(-) 24-Stunden-Werte Netzbelastung
066Z	Elektrizitätsversorgung (Netzbetreiber): Bezug von Elektrizität aus erneuerbaren Energieträgern	j	alle Netzbetreiber	(+) Zahl und Leistung der einspeisenden Anlagen
067	Stromerzeugungsanlagen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe	j	alle Eigenversorger	(+) KWK (-) 24-Stunden-Werte (-) verschiedene Leistungsarten
064	Fernwärmeversorgung: Aufkommen, Verwendung, Abgabe von Wärme; Einsatz von Energieträgern zur Wärmeerzeugung	j	maximal 1 000 Betreiber	neue Erhebung
068, 069	Gasversorgung (Ferngasunternehmen, Produzenten, Kokereien): Aufkommen, Verwendung, Abgabe von Gas	m	maximal 100 Betreiber	(+) Ausfuhr nach Staaten
070	Unternehmen der Mineralölverarbeitung: Aufkommen, Verwendung, Abgabe von Flüssiggas und Raffineriegas	m		Erhebung entfällt
072	Verkaufsgesellschaften von Flüssiggas: Aufkommen, Verwendung, Abgabe von Flüssiggas	m		Erhebung entfällt
073	Abwasserbeseitigung (Kläranlagen, andere Abwasserbehandlungsanlagen): Gewinnung und Verwendung von Klärgas	j	maximal 6 000 Betreiber	(+) Abgabe von Klärgas nach Ländern (+) Abgabe von Elektrizität aus Klärgas nach Ländern
074	Betriebe im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe: Erzeugung und Verwendung von brennbaren Gasen; Einsatz von Energieträgern zur Gaserzeugung	j		Erhebung entfällt
075	Verkaufsgesellschaften von Flüssiggas: Abgabe von Flüssiggas	j	maximal 130 Unternehmen	(+) Erweiterung der Abnehmergruppen (+) Abgabe nach Ländern
075	Unternehmen der Mineralölverarbeitung: Abgabe von Flüssiggas			
061	Ein- und Ausfuhr von Kohle	m	alle Importeure/Exporteure	neue Erhebung
062	Geothermie	j	maximal 100 Betreiber	neue Erhebung
063	Treibstoffe aus Biomasse	j	maximal 100 Betreiber	neue Erhebung
060	Bezug, Bestand, Verbrauch, Abgabe von Energieträgern (Betriebe im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe)	j m/vj	maximal 60 000 Betriebe maximal 68 000 Betriebe	neue Erhebung Erhebung entfällt
082	Gasversorgung (Fern- und Ortgasunternehmen, Produzenten, Kokereien): Abgabe, Ein- und Ausfuhr von Gas	j	alle Betreiber	(+) Bestand, Einsatz von Energieträgern zur Gaserzeugung (+) Ausfuhr nach Staaten (+) Transitmengen von Gas
083	Elektrizitätsversorgung (Anlagen-/Netzbetreiber): Abgabe, Ein- und Ausfuhr von Elektrizität	j	alle Betreiber	keine Änderung

Verwendung und Abgabe von Flüssiggas und Raffineriegas ersatzlos gestrichen.

Lücken bleiben unter anderem bei Kleinverbrauchern

Aufgrund der genannten politischen Vorgaben, die bei der Schaffung neuer bzw. der Ausweitung bestehender amtlicher Statistiken zu berücksichtigen waren, kann das vorliegende Gesetz den eingangs dargestellten Datenbedarf leider nicht vollständig abdecken. Der außerordentlich heterogene Verwendungsbereich der Kleinverbraucher (Gewerbe, Handel und Dienstleistungen), der Verbrauchssektor Haushalte sowie die Wärmeerzeugung aus Biomasse und Solarthermie mussten unberücksichtigt bleiben, da hierfür aus Kostensicht gegenwärtig keine realistischen Erhebungsmöglichkeiten

im Rahmen der amtlichen Statistik gesehen werden. Es ist somit nicht möglich, den aus nationalen, europäischen und internationalen Berichtspflichten resultierenden Informationsbedarf allein auf der Basis des Energiestatistikgesetzes zu decken. Deshalb sollen künftig regelmäßig Zusatzerhebungen außerhalb der amtlichen Statistik durchgeführt werden.

Ausgenommen bleibt im Rahmen dieses Gesetzes auch der Mineralölbereich, für den entsprechende Daten auf der Grundlage des Mineralöldatengesetzes⁶⁾ von 1988 erfasst werden. Eine Integration dieses Gesetzes in das Energiestatistikgesetz ist nicht sinnvoll, da das Mineralöldatengesetz vorrangig dem Verwaltungsvollzug dient.

Neuformulierung der Erhebungstatbestände für die Elektrizitäts- und Gasstatistik

Mit der Neuformulierung der Erhebungstatbestände für die Elektrizitäts- und Gasstatistik wurde insbe-

6) Gesetz über die Erhebung von Meldungen in der Mineralölwirtschaft (Mineralöldatengesetz – MinÖlDatG) vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 2352), zuletzt geändert durch Artikel 35 des Gesetzes vom 10. November 2001 (BGBl. I S. 2992).

sondere der von den supranationalen⁷⁾ sowie nationalen Rahmenvorschriften⁸⁾ und Folgeeregungen ausgelösten Trennung der leitungsgebundenen Energieversorgung in die Bereiche Erzeugung, Übertragung und Verteilung bei Strom bzw. Gewinnung, Fernleitung, Speicherung, Verteilung und Versorgung bei Erdgas Rechnung getragen. Ferner wurde die Erhebung in der Elektrizitätswirtschaft um den Bereich der energiepolitisch besonders bedeutsamen Kraft-Wärme-Kopplung erweitert. Angaben hierzu sowie über den zurechenbaren Brennstoffeinsatz waren bislang nur auf Basis grober Schätzungen möglich.

Erhebungen in der Elektrizitätswirtschaft

Die sichere und ausreichende Versorgung mit Elektrizität gehört zu den wichtigsten Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit einer modernen Industriegesellschaft. Die Elektrizitätswirtschaft unterliegt in Deutschland deshalb der Aufsicht des Staates im Rahmen des Energiewirtschaftsgesetzes. Die Elektrizitätswirtschaft ist außerdem der zentrale Umwandlungsbereich innerhalb der Energiewirtschaft und als solcher auch ein wichtiger Energieverwendungsbereich. Mehr als ein Drittel des Primärenergieverbrauchs entfällt auf den Elektrizitätssektor. Eine möglichst detaillierte, exakte und zeitnahe statistische Erhebung und Darstellung ist deshalb dringend geboten. Dies erfordern auch umfangreiche Berichtspflichten für Eurostat und internationale Organisationen wie die Internationale Energie-Agentur sowie für den grenzüberschreitenden elektrizitätswirtschaftlichen Zusammenschluss der Union pour la Coordination du Transport de l'Electricité (UCTE), in dessen Verbund die deutsche Elektrizitätswirtschaft eingegliedert ist.

Wie vorher sind in diesem Bereich monatliche und jährliche Erhebungen vorgesehen. Die monatliche Erhebung ermöglicht eine zeitnahe Darstellung der wichtigsten elektrizitätswirtschaftlichen Tatbestände. Um die Unternehmen der allgemeinen Elektrizitätsversorgung zu entlasten, wurde die bisherige monatliche Totalerhebung auf eine Teilerhebung bei bundesweit höchstens 1 000 Betreibern von Anlagen begrenzt. Erfasst werden sowohl Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität einschließlich der Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung als auch Anlagen zur Übertragung und/oder Verteilung von Elektrizität. Diese Angaben sind für die nationale Strombilanz erforderlich und geben zudem Auskunft über die Effizienz des Erzeugungsprozesses. Sofern das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit von seiner in §13 des Energiestatistikgesetzes vorgesehenen Ermächtigung keinen Gebrauch macht, erfolgt die Erfassung der Daten bei Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität ab 1 Megawatt (MW). Bei Anlagen zur Übertragung und Verteilung von Elektrizität ist eine solche Abschneidengrenze technisch nicht sinnvoll.

7) Richtlinie 96/92/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 1996 betreffend gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt, Amtsbl. der EG Nr. L 27 vom 30. Januar 1997, S. 20; Richtlinie 98/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 betreffend gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt, Amtsbl. der EG Nr. L 204 vom 21. Juli 1998, S. 1.

8) Gesetz zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts vom 24. April 1998, Artikel 1 „Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz – EnWG)“ (BGBl. I S. 730).

Im Rahmen der Erhebung bei den Betreibern von Anlagen der allgemeinen Elektrizitätsversorgung geht es bei den Merkmalen Erzeugung, Einspeisung und Einfuhr darum, das Elektrizitätsangebot sowie die gekoppelte Wärmeerzeugung darzustellen. Zur Beurteilung der Sicherheit der Elektrizitätsversorgung unter Berücksichtigung der Stromimport- und -exportmengen ist es erforderlich, Ein- und Ausfuhr nach Herkunfts- und Abnahmestaaten zu erfassen. Bei den Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung wird zusätzlich die Abgabe der ausgekoppelten Wärme erfasst.

Die Merkmale Betriebs- und Eigenverbrauch, Pumparbeit und Entnahme von Elektrizität beschreiben die Verwendungsseite der erzeugten Strommengen. Von besonderer Bedeutung für die Beurteilung der Sicherheit der Elektrizitätsversorgung sind die Merkmale Engpassleistung, Höchstlast und Verfügbarkeit der Anlagen an einem Stichtag. Dieser Stichtag ist gemäß internationaler Vereinbarungen der dritte Mittwoch eines jeden Monats. Zusätzlich ist vorgesehen, dass von Betreibern von Kraftwerken für die allgemeine Versorgung zusätzlich die Belastung auch für jede Stunde innerhalb eines Zeitraumes von 24 Stunden an einem Stichtag anzugeben ist. Die Erstellung der auf diese Weise gewonnenen Tages-Lastlinie ist erforderlich, um die Versorgungsbereitschaft der Kraftwerke beurteilen zu können. Die so erhobenen Angaben geben Auskunft über die relevanten Belastungskennziffern der Stromversorgung, die im Jahresverlauf starken Schwankungen unterliegen können. Auf die bisher üblichen, aber aufwändig zu ermittelnden 24-Stunden-Werte bei Netzbetreibern wird verzichtet. Dies stellt eine erhebliche Entlastung der Energieversorgungsunternehmen dar.

Das Merkmal Benutzungsstunden stellt eine für den Betrieb von Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung wichtige Information dar, auf deren Basis weitere relevante Kennzahlen über die Effizienz der Energieerzeugung berechnet werden können. Zur Beurteilung von Sicherheit und Effizienz der Stromversorgung sowie für die Komplettierung der Energiebilanz ist es auch notwendig, den Bezug, Bestand und Einsatz der Energieträger nach Arten für die Stromerzeugung zu erfassen. Von besonderer Bedeutung für die Erstellung der Energiebilanzen ist die Erfassung der Wärmegehalte der Energieträger.

Die jährliche Erhebung beschränkt sich auf wenige zusätzliche Merkmale, so dass Doppelbefragungen bei den Auskunft Gebenden ausgeschlossen sind. Das Merkmal Abgabe von Elektrizität nach inländischen Abnehmergruppen ermöglicht Aussagen zur Abnehmerstruktur des Elektrizitätsunternehmens. Die Erfassung des Betriebsverbrauchs bei allen Betreibern von Anlagen dient der Vervollständigung der Mengenbilanz auf der Abgabeseite. Die Fragen nach dem Ausfuhrwert und den Erlösen ergänzen die technische Betrachtung um eine ökonomische Komponente. Die Angabe der Erlöse und der dazugehörigen Mengen ist außerdem Grundlage zur Festlegung der Konzessionsabgaben sowie unternehmensinterner Verrechnungspreise. Die Ergebnisse dieser Erhebungen geben schließlich Auskunft über den Wertefluss in der Elektrizitätswirtschaft sowie über deren volkswirtschaftlichen Stellenwert. Aufgrund der Deregulierung auf dem Strommarkt und der damit einhergehenden Veränderungen ist es notwendig, auch die neuen Marktteilnehmer einzubeziehen.

hen, sofern sie Letztverbraucher versorgen, aber kein eigenes Netz zur Versorgung betreiben. Die Angaben über die Abgabe und die Erlöse sind nach Bundesländern zu differenzieren. Das erstgenannte Merkmal dient zur Erstellung von Energiebilanzen auf der Ebene der Bundesländer; die Information über die Erlöse ist Grundlage für energiepolitische Entscheidungen der nach dem Energiewirtschaftsgesetz zuständigen Behörden.

Ferner ist wie bisher eine jährliche Erhebung bei Betreibern von Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität einschließlich der Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität und Wärme in Kopplungsprozessen, die zur eigenen Versorgung bestimmt sind, vorgesehen. Bei den Auskunftsgebenden handelt es sich in der Regel um Anlagenbetreiber im industriellen Bereich. Die Merkmale entsprechen mit Ausnahme der 24-Stunden-Werte denen der Monaterhebung bei Elektrizitätsunternehmen.

Erhebungen in der Gaswirtschaft

Eine genaue statistische Erfassung und Darstellung der Entwicklung in der Gaswirtschaft ist für eine an den ökonomischen und ökologischen Erfordernissen orientierte Energiepolitik unentbehrlich. Der Anteil des Gases am Primärenergieverbrauch liegt in Deutschland gegenwärtig bei über 20%, und alle Prognosen gehen davon aus, dass seine Bedeutung künftig noch zunehmen wird. Die Erhebungen nach § 4 des Energiestatistikgesetzes umfassen Angaben, die auch vorher schon von der amtlichen Statistik erfragt wurden. Die Erhebungspraxis und die Erhebungsmerkmale werden nunmehr aber präziser formuliert und die Berichtskreise an die neue Entwicklung auf dem Gasmarkt angepasst. Außerdem wird zur Entlastung der Berichtspflichtigen die Zahl der monatlich zu Befragenden deutlich reduziert.

Die monatliche Erhebung wendet sich an bundesweit höchstens 100 Betreiber von Anlagen zur Gewinnung, Erzeugung oder leitungsgebundenen Verteilung von Gas. Sie werden über die Gewinnung und Erzeugung von Gas nach eingesetzten Energieträgern sowie den Bezug nach inländischen Liefergruppen und Einfuhr befragt. Diese Merkmale sind erforderlich, um das verfügbare Gasaufkommen im Inland darstellen und Aussagen über die Entwicklung von Importabhängigkeiten treffen zu können.

Die weitere Erfassung des Speichersaldos ist wichtig, um das Gasangebot darzustellen. Die Abgabe der Gasversorgungsunternehmen unterliegt im Jahreszeitlichen Wechsel und je nach Konjunkturverlauf großen Schwankungen. Diesen starken Schwankungen bei der Gasabgabe stehen überwiegend kontinuierliche Bezüge gegenüber. Der saisonale Ausgleich erfolgt hauptsächlich mit Hilfe der Untertagespeicher. Die Erfassung des Betriebs- und Eigenverbrauchs und der Abgabe nach inländischen Abnehmergruppen und Ausfuhr geben Aufschluss über die Verwendung der verfügbaren inländischen Gasmenge. Diese Daten tragen dem zunehmenden Interesse an Informationen über den Ausbau einer gesicherten Gasversorgung und über die Änderung der Abnehmerstruktur auf deregulierten Gasmärkten Rechnung.

Die jährliche Erhebung befragt auch jene Betreiber von Anlagen zur Gewinnung, Erzeugung oder leitungs-

gebundenen Verteilung von Gas, die nicht zur monatlichen Statistik melden. Außerdem ist aufgrund der Liberalisierung der Gasmärkte und der damit einhergehenden Veränderungen auch die Einbeziehung von neuen Marktteilnehmern, sofern sie Letztverbraucher versorgen und keine eigenen Anlagen zur Verteilung betreiben, erforderlich. Daher ist ein Teil der Merkmale identisch mit denen der Monatsmeldung. Doppelbefragungen sind allerdings ausgeschlossen. Darüber hinaus werden alle Betreiber zu den Merkmalen Bestand und Einsatz von Energieträgern für die Erzeugung von Gas sowie über Einfuhr und Ausfuhr, jeweils nach Staaten, befragt. Allerdings bedarf es hier einer besonderen Differenzierung der Transitmengen, die von anderen Staaten für andere Staaten durch Deutschland geleitet werden. Dies ist erforderlich, um das tatsächlich verfügbare inländische Gasangebot abbilden und die Belastung der Leitungskapazitäten einschätzen zu können. Ferner ist die Abfrage der Gasabgabe nach Art der inländischen Endabnehmer und der daraus erzielten Erlöse vorgesehen. Diese Angaben sind wiederum eine Ergänzung des rein mengenmäßigen Gasflussbildes um eine ökonomische Komponente. Die Kenntnis der Erlöse ist außerdem Grundlage für Entscheidungen nach der Konzessionsabgabenverordnung und zur Bildung interner Verrechnungspreise.

Die Angaben über die Gasabgabe und die Erlöse sind nach Bundesländern zu differenzieren. Das erstgenannte Merkmal dient zur Erstellung von Länder-Energiebilanzen; die Information über die Erlöse ist Grundlage von energiepolitischen Entscheidungen der nach dem Energiewirtschaftsgesetz zuständigen Behörden. Die Ergebnisse dieser Erhebungen geben schließlich auch Auskunft über den Wertefluss in der Gaswirtschaft sowie über deren volkswirtschaftlichen Stellenwert.

Die Auswahl der Erhebungsmerkmale ist so gestaltet, dass den vielfältigen nationalen und internationalen Informationsverpflichtungen nachgekommen werden kann. Die Ergebnisse gewährleisten die Weiterführung der Gasstatistik in der Bilanzform und erlauben, die deutschen Berichtspflichten entsprechend den Anforderungen der Internationalen Energie-Agentur, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Vereinten Nationen sowie der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa und des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) zu erfüllen.

Die bereits seit Jahrzehnten durchgeführte jährliche Erhebung des Absatzes von Flüssiggas bei den Verkaufsgesellschaften war im Entwurf des Energiestatistikgesetzes ursprünglich nicht vorgesehen, da es sich beim Flüssiggas nach Auffassung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit in Absprache mit der deutschen Mineralöl- und Gaswirtschaft um ein Mineralölprodukt handelt. Auf Empfehlung des Bundesrates wurde diese Erhebung dann aber doch in das Gesetz aufgenommen, da die Bundesländer diese Informationen über die sektorale und regionale Verteilung des Absatzes von Flüssiggas für ihre Energiebilanzen benötigen. Aus gesetzestechnischen Gründen wurde diese Erhebung, in die bundesweit knapp über 100 Unternehmen einbezogen werden, dem § 4 Energiestatistikgesetz zugeordnet. Die vorgenannte Vereinbarung zwischen dem federführenden Ressort und den Wirtschaftsverbänden bleibt davon unberührt.

Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die statistische Erhebung in der Wärmewirtschaft

Die Wärmewirtschaft stellt einen zunehmend wichtiger werdenden Bereich der Energiewirtschaft dar. Sie umfasst die Wärmeerzeugung in Heizwerken, die Kraft-Wärme-Kopplung in Heizkraftwerken und den Betrieb von Versorgungsnetzen. Zur Fernwärme gehören physikalisch gesehen auch die Fernwärme mit nahen Transportwegen (so genannte Nahwärme) sowie die Kälteerzeugung aus Absorptionsanlagen.

Aus historischen Gründen beschränkte sich das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe bisher auf die Erfassung der Abgabe von Fernwärme bei Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung. Diese Erhebung lieferte jedoch keine Daten über die Fernwärmeerzeugung und den Brennstoffeinsatz. Die neue Rechtsgrundlage ordnet nun eine Befragung bei den Betreibern der Anlagen, die der Fernwärmeerzeugung und -versorgung dienen, an. Die Auskunftspflicht richtet sich aber auch an Dritte, die sich der Leitungen zur Versorgung bedienen. Die komplexen Prozesse der Kraft-Wärme-Kopplung werden jedoch aus Praktikabilitätsgründen in Verbindung mit der Erhebung der Elektrizitätserzeugung gemäß § 3 Energiestatistikgesetz statistisch erfasst. Um die Belastung der Berichtspflichtigen möglichst gering zu halten, beschränkt sich die Erhebung auf jährlich bundesweit höchstens 1 000 Betreiber. Dabei werden wenige zentrale Tatbestände zur Angebots- und Abgabesituation sowie zusätzlich Bezug, Einsatz und Bestand der zur Produktion der Wärme benötigten Energieträger sowie der Eigenverbrauch erhoben. Die Ergebnisse der Abfrage der Wärmeengpassleistung sind zur Beobachtung der Kapazitätsbelastung und Effizienz notwendig. Die Angabe der Netzverluste ist zur Komplettierung der Energiebilanzen des Bundes und der Länder erforderlich.

Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Erfassung der Kohleimporte und -exporte

Für die Kohlestatistik gab es bisher keine nationale Rechtsgrundlage. Der Bedarf an statistischem Zahlenmaterial über die inländische Gewinnung von Kohle und deren Verwendung wird auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft, dem Statistischen Bundesamt und der Statistik der Kohlenwirtschaft e.V. aus dem Jahr 1954 gedeckt. Die Kohleimporte und -exporte wurden bisher vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) auf Grundlage des „Gesetzes über die statistische Erfassung der in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbrachten festen Brennstoffe (BrennstoffStatG)“ erhoben. Mit Einführung des Energiestatistikgesetzes wird das Brennstoffstatistikgesetz außer Kraft gesetzt.

Nach dem neuen Gesetz werden Daten zum Außenhandel mit Kohle erhoben, die sich aufgrund ihrer energiespezifischen Merkmale wie Wärmegehalt, Einsatzbereich und Liefervertragsdauer wesentlich von denen aus der allgemeinen Außenhandelsstatistik unterscheiden. Viele Prognosen gehen davon aus, dass die Be-

deutung der Kohleimporte für die Energieversorgung in Deutschland künftig weiter ansteigen wird. Dies gilt insbesondere für den Import von Steinkohle. Daneben existiert aber auch ein grenzüberschreitender Handel mit Braunkohle, der in einigen Regionen eine wichtige Rolle spielt.

Die neue Vorschrift regelt die monatlichen Erhebungen bei allen Unternehmen, die Kohle ein- und/oder ausführen. Diese Erhebungen dienen in erster Linie der zeitnahen Beobachtung des mengenmäßigen Flussbildes des Kohleimports und -exports. Mit den erhobenen Angaben, bei denen auch nach Kohlearten differenziert wird, wird das Gesamtbild des Energieträgerflusses in Deutschland vervollständigt. Die Daten finden auch Eingang in die Energiebilanzen.

Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die statistische Erhebung von erneuerbaren Energieträgern

Der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energieträger ist von besonderer Bedeutung für eine umweltverträgliche und sichere Energieversorgung der Zukunft. Erneuerbare Energieträger können dazu beitragen, endliche Energieressourcen zu schonen, die Umwelt zu entlasten und gesundheitliche Schäden zu vermeiden. Amtliche statistische Daten über die Nutzung dieser Energiequellen fehlten bislang jedoch in weiten Bereichen. Hier musste die Datenbasis entscheidend verbessert werden, insbesondere um verlässlichere Grundlagen für politische Ziel- und Prioritätensetzungen sowie für die Erfolgskontrolle von Maßnahmen zu erhalten. Die Nutzung erneuerbarer Energieträger wird gegenwärtig nur bei der allgemeinen Elektrizitätsversorgung sowie im Rahmen der Klärgasnutzung statistisch erhoben, wobei wegen der Erhebungsgrenze ab 1 Megawatt (MW) für die meisten Techniken zur Nutzung erneuerbarer Energieträger keine amtlichen Zahlen existieren.

Zur Verbesserung der Datenlage über erneuerbare Energieträger wurde eine Reihe von Maßnahmen in Gang gesetzt. Zum Ersten werden die Betreiber von Anlagen zur Übertragung und Verteilung von Elektrizität über die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energieträgern befragt. Diese Betreiber sind allesamt Energieversorgungsunternehmen, denen die erfragten Informationen aufgrund der im Erneuerbare-Energien-Gesetz⁹⁾ angeordneten Abnahme- und Vergütungspflicht ohnehin vorliegen. Somit können Daten über die Nettoerzeugung und Einspeisung von Strom aus Anlagen zur Nutzung der Sonnenenergie, aus Wind- und Kleinwasserkraftanlagen, aus Anlagen zur Nutzung der Geothermie, von Biogas sowie von Biomasse kostengünstig ermittelt und vorgelegt werden. Dadurch werden Belastungen bei den (meist privaten) Betreibern insbesondere kleinerer Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien vermieden.

Zweitens werden – wie bisher – die Erzeugung und die weitere Verwendung von Gas erfasst, das in Kläranlagen gewonnen wird. Die Erhebung konzentriert sich auf wenige wichtige Merkmale, die notwendig sind, um Produktion und Nutzung dieses erneuerbaren Gases in Deutschland zu beschreiben. Die erhobenen Angaben geben Auskunft über die Bedeutung dieser Energienutzungsformen für die Energieversorgung und gestatten Rückschlüsse auf die Nutzung des vorhandenen Po-

9) Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG) sowie zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und des Mineralölsteuergesetzes vom 29. März 2000, Artikel 1 (BGBl. I S. 305).

tenzials. Die Abfrage der Erzeugung und Abgabe von Elektrizität aus Kläranlagen dient dazu, das Gesamtbild zu komplettieren.

Neu ist die Abfrage bei den Betreibern von Anlagen zur Nutzung der Geothermie. Diese Anlagen können bei günstigen geologischen Gegebenheiten zur Wärmegewinnung eingesetzt werden. Bisher existieren in Deutschland allerdings nur wenige Anlagen. Um ihren Beitrag zur Energieversorgung erfassen und in die Energiebilanz integrieren zu können, ist eine jährliche Erhebung der wichtigsten Produktions- und Verwendungsmerkmale vorgesehen.

Die meisten Prognosen gehen davon aus, dass der Beitrag der Treibstoffe aus Biomasse zur Energieversorgung künftig ansteigen wird. Dabei dürfte es sich schwerpunktmäßig um die Gewinnung von Kraftstoffen, wie zum Beispiel Rapsöl, zur Substitution von Mineralölprodukten handeln. Deshalb sieht das Energiestatistikgesetz die Möglichkeit einer statistischen Erhebung dieses Energieversorgungsbeitrags vor, soweit er in Anlagen zur gewerblichen Erzeugung anfällt.

Erhebung der Energieverwendung

Die statistische Erhebung des Energieangebots wird durch die Erfassung der Energieverwendung ergänzt. Dies ist dringend erforderlich, um Erkenntnisse über die Möglichkeiten der rationellen Energienutzung, über Einsparpotenziale und mit der Energienutzung verbundene Schadstoffemissionen zu erlangen. Allerdings werden gegenwärtig keine Realisierungsmöglichkeiten für eine alle Bereiche umfassende Verwendungsstatistik gesehen, weil zum Beispiel die Energienutzung im außerordentlich heterogenen Kleinverbraucherbereich (Gewerbe, Handel, Dienstleistungen) oder im Haushaltsbereich nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand erfasst werden könnte. Die Erhebung der Energieverwendung konzentriert sich deshalb auf den Bereich der industriellen Energienutzung, der auch bisher schon im Rahmen der laufenden Konjunkturbeobachtung befragt wurde. Wie bereits an anderer Stelle dargelegt, wird hier eine jährliche Befragung bei bundesweit höchstens 60 000 Betrieben im Bergbau, der Gewinnung von Steinen und Erden und im verarbeitenden Gewerbe als ausreichend erachtet.

Für eine grundlegende Darstellung der Energieverwendung sind regelmäßige Angaben über Bezug, Bestand, Verbrauch und Abgabe nach Energieträgern erforderlich. Die bisherige Liste der Energieträger entsprach nicht mehr dem Stand der Technik, sie wurde überarbeitet und der Verwendungsvielfalt in den Betrieben angepasst. Darüber hinaus wird bei dem Energieträgereinsatz künftig zwischen energetischer und nicht-energetischer Verwendung unterschieden. Dies ist auch für die Energiebilanz und die darauf fußende Berechnung der CO₂-Emissionen in einigen Wirtschaftsbereichen von größter Bedeutung.

Zur Umsetzung des Gesetzes

Das Energiestatistikgesetz wurde am 26. Juli 2002 im Bundesgesetzblatt verkündet und trat am 1. Januar 2003 in Kraft. Die dazwischen liegende relativ kurze Zeitspanne erforderte eine Prioritätensetzung bei der methodischen und fachlichen Vorbereitung der neuen Erhebungen. So wurde in den Monaten vor dem Inkraft-Treten mit den statistischen Ämtern der Länder vorrangig ein Konzept zur Anpassung der monatlichen Erhebungen, insbesondere für die Elektrizitätswirtschaft, erarbeitet und mit der Fachaufsicht und den Wirtschaftsverbänden abgestimmt. Die neu gestalteten Fragebogen wurden den Auskunft Gebenden seitens der statistischen Ämter der Länder zugeleitet. Die Jahreserhebungen in der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft bleiben im Wesentlichen unverändert. Der Erhebungsbogen für die Befragung der Unternehmen der Wärmewirtschaft wurde fertig gestellt und von den statistischen Ämtern der Länder versandt. Der Jahresbogen für die Industriekraftwerke wurde – soweit fachlich möglich – dem Fragebogen für die Kraftwerke der allgemeinen Versorgung angepasst. Die Konzeption der Erhebungsunterlagen für die Bereiche Geothermie, Biotreibstoffe sowie Energieverwendung ist weit fortgeschritten. Auch hier war eine Abstimmung mit dem Ressort und den Fachverbänden geboten. Es ist davon auszugehen, dass diese Erhebungen nach einer Anlaufphase termingerecht durchgeführt werden können.

Diplom-Kaufmann Wolfgang Bayer
(Statistisches Bundesamt)

Wohnungen und Mieten im April 2002

– Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzerhebung –

Die Mikrozensus-Zusatzerhebungen zur Wohnsituation ergänzen die in größeren Zeitabständen – im früheren Bundesgebiet zuletzt am 25. Mai 1987 und in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost am 30. September 1995 – als Totalerhebung durchgeführten Gebäude- und Wohnungszählungen und die in unregelmäßigen Abständen stattfindende 1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe, aus der zuletzt Ergebnisse von September 1993 vorliegen.

Gesetzliche Grundlage

Die Zusatzerhebung „Wohnsituation der Haushalte“ findet aufgrund des „Gesetzes zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt sowie die Wohnsituation der Haushalte (Mikrozensusgesetz)“ vom 17. Januar 1996 (BGBl. I S. 34) alle vier Jahre statt, erstmalig im Jahr 1998.

Nach den gesetzlichen Vorgaben werden die folgenden Erhebungsmerkmale erfragt:

1. Art und Größe des Gebäudes mit Wohnraum

- Baualtersgruppe,
- Fläche der gesamten Wohnung,
- Nutzung der Wohnung als Eigentümer, Hauptmieter oder Untermieter,
- Eigentumswohnung,
- Einzugsjahr des Haushalts,
- Ausstattung der Wohnung mit Heiz- und Warmwasseraufbereitungsanlagen nach einzelnen Energieträgersystemen.

2. Mietwohnungen

- Höhe der monatlichen Mieten und der Nebenkosten,
- Ermäßigung, Verbilligung oder Wegfall der Miete.

Dem Mikrozensus liegt das Berichtswochenkonzept zugrunde. Das bedeutet, dass die erhobenen Merkmale der Wohneinheiten und der befragten Personen für eine festgelegte Woche ermittelt werden; die Berichtswoche des Mikrozensus 2002 war vom 22. bis 28. April.

Aufbereitung und Veröffentlichung der Ergebnisse

Die hochgerechneten Ergebnisse einer Repräsentativstatistik weichen methodisch bedingt (z. B. wegen Zufallsfehlern, aber auch wegen Unterschieden im Erhebungs- und Aufbereitungsverfahren) von den Ergebnissen einer Totalerhebung ab. Es wurde deshalb bei der Ergebnisaufbereitung eine Anpassung an die Eckwerte der Wohnungsfortschreibung, hier zum 31. Dezember 2001, vorgenommen.

Ebenso wie bei der Mikrozensus-Zusatzerhebung 1998 werden auch die Ergebnisse des Jahres 2002 in zwei umfangreichen Statistischen Berichten mit den Titeln „Wohnungen und Mieten im April 2002“ sowie „Wohnsituation der Haushalte im April 2002“ veröffentlicht. Da Konzept und Tatbestände der Erhebungen identisch sind, entsprechen die Tabellen des Jahres 2002 nahezu vollständig denen der 1998er Erhebung. Feldbesetzungen unter 5 000 Einheiten werden in den Veröffentlichungen mit einem Schrägstrich versehen, solche zwischen 5 000 und 10 000 werden in Klammern gesetzt, da in diesen Fällen wegen des Stichprobenum-

Wohneinheiten in Gebäuden mit Wohnraum¹⁾ nach Gebäudeart und -größe, Baujahr und Art der Nutzung 2002

Gebäudeart Baujahr	Insgesamt	Darunter bewohnte Wohneinheiten						
		zusammen				darunter Eigentumswohneinheiten		
		vom Eigentümer bewohnt		vermietet		zusammen	vom Eigentümer bewohnt	vermietet
		1 000	%	1 000	%	1 000		
Insgesamt	1 822	937	51,4	744	40,8	225	117	109
Wohngebäude mit ... Wohneinheiten								
1	725	608	83,8	77	10,6	x	x	x
2	433	217	50,1	182	42,0	76	50	26
3 - 6	361	69	19,1	257	71,1	61	28	33
7 - 12	197	23	11,8	155	78,7	48	20	28
13 - 20	37	(7)	18,9	27	72,8	14	(7)	(7)
21 und mehr	69	13	18,2	47	67,9	27	12	15
Wohngebäude von ... bis ... errichtet								
bis 1900	185	117	63,3	53	28,8	12	(7)	/
1901 - 1918	102	54	52,6	37	36,3	(9)	/	/
1919 - 1948	212	109	51,4	84	39,9	17	(9)	(8)
1949 - 1978	825	391	47,4	373	45,2	102	54	47
1979 - 1986	217	125	57,8	77	35,5	34	19	15
1987 - 1990	48	27	55,4	19	39,9	(6)	/	/
1991 - 2000	216	103	47,6	96	44,3	44	18	25
2001 und später	17	11	65,6	/	/	/	/	/

1) Ohne Wohnheime.

fangs keine bzw. nur eingeschränkte Aussagen möglich sind.

In dem vorliegenden Beitrag wird bei den Ergebnissen der Fragen zur Wohnsituation von „Wohneinheiten“ gesprochen. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird aber im Allgemeinen der einprägsamere Begriff „Wohnungen“ verwendet.

Auf einen Vergleich der Wohnsituation in Rheinland-Pfalz mit der im Bundesgebiet bzw. den anderen Bundesländern muss verzichtet werden, da die entsprechenden Zahlen der anderen Gebietseinheiten derzeit noch nicht vorliegen.

Zahl der Wohnungen auf 1 857 000 gestiegen

Im April 2002 wurden für Rheinland-Pfalz 1 857 000 Wohnungen in Gebäuden mit Wohnraum ermittelt; das sind 6,2% mehr als vier Jahre zuvor. Die weitaus meisten davon, nämlich 1 822 000 Wohnungen oder 98%, befanden sich in Wohngebäuden, 21 000 in sonstigen Gebäuden (z. B. Geschäfts- oder Bürogebäude mit zusätzlichen Wohnungen) und 14 000 in bewohnten Unterkünften (feste und mobile Übergangswohnungen). Wohnheime wurden nicht in die Befragung einbezogen.

Ein Kennzeichen des rheinland-pfälzischen Wohnungsbestandes ist der hohe Anteil sehr alter, das heißt bis zum Jahr 1900 errichteter Wohnungen; hierzu zählt jede zehnte Wohnung. Ursache hierfür ist die wirtschaftliche und daraus resultierende siedlungsgeografische Struktur des Landes, durch die der Gebäude- und Wohnungsbestand in den zahlreichen dörflichen und kleinstädtischen Gebieten von Kriegsschäden weniger hart getroffen wurde als der in den industrialisierten Ballungsgebieten. Seit dem Jahr 1949 wurden 73% aller Wohnungen errichtet; knapp jede achte stammt aus der Zeit seit 1991.

Mehr als die Hälfte der Wohnungen wird von den Eigentümern selbst bewohnt

Von den 1 822 000 Wohnungen in Wohngebäuden waren im April des vergangenen Jahres 937 000 oder 51,4% vom Eigentümer selbst bewohnt. Auf Mieter entfielen 744 000 Wohnungen oder 40,8%; die übrigen Wohnungen waren zum Zeitpunkt der Erhebung nicht bewohnt. Der Anteil der eigengenutzten Wohnungen war umso höher, je weniger Wohnungen im Gebäude waren. Die Quote lag bei Gebäuden mit einer Wohnung bei 84% und bei Zweifamilienhäusern bei 50%. Recht deutlich reduzierten sich diese Anteile im Geschosswohnungsbau mit drei bis sechs Wohneinheiten auf 19,1% bzw. bei sieben bis zwölf Wohnungen auf 11,8%. In den Großgebäuden mit 21 und mehr Wohnungen – hier befanden sich knapp 4% des Wohnungsbestandes – lag der Anteil der von Eigentümern genutzten Wohnungen bei 18,2%. Dabei dürfte es sich in der überwiegenden Zahl der Fälle um selbstgenutzte Eigentumswohnungen handeln.

Zu den Eigentumswohnungen¹⁾ rechnen alle Wohnungen, an denen durch Eintragung im Wohnungsgrundbuch Sondereigentum nach dem Wohnungs-

eigentumsgesetz vom 15. März 1951 (BGBl. I S. 175) begründet worden ist bzw. durch Vormerkung begründet werden soll. Sie kommen nur in Gebäuden vor, in denen ausschließlich Sondereigentum an Wohnungen (Wohnungseigentum) besteht. Eigentumswohnungen können vermietet – dann rechnen sie zu den Mietwohnungen – oder aber vom Eigentümer selbst bewohnt sein. In diesem Fall zählen sie zu den so genannten Eigentümerwohnungen. Von den im Rahmen der Zusatzerhebung ermittelten 225 000 bewohnten Eigentumswohnungen wurden 117 000 oder 52% vom Eigentümer selbst bewohnt. Die überwiegende Zahl der Eigentumswohnungen (150 000 bzw. 67%) befand sich in Wohngebäuden mit drei oder mehr Wohnungen – dem so genannten Geschosswohnungsbau –, der Rest in Zweifamilienhäusern.

Wohneigentumsquote steigt auf 55,7%

Die Wohneigentumsquote – hierunter wird der Anteil der von ihren Eigentümern selbst bewohnten Wohnungen an der Gesamtzahl aller bewohnten Wohnungen verstanden – war in Rheinland-Pfalz immer relativ hoch. Schon im Jahr 1950 lag sie bei 54,4%. Der Rückgang auf 47,8% im Jahr 1961 ist auf die starke Bautätigkeit im Mietwohnungsbau jener Jahre zurückzuführen, wodurch die Wohnungsnot der Nachkriegszeit verringert bzw. beseitigt werden sollte. In den Folgejahren nahm die Quote wieder zu und erreichte 1987 – dem Jahr der letzten Gebäude- und Wohnungszählung – einen Wert von 52,2%. Von über 52,8% (Wohnungsstichprobe 1993) und genau 55% (Mikrozensus-Zusatzerhebung 1998) stieg der Wert auf nunmehr 55,7%. Damit liegt Rheinland-Pfalz nach dem Saarland mit gut 58% an zweiter Stelle unter allen Bundesländern und deutlich über dem Wert für Deutschland bzw. dem des früheren Bundesgebietes mit 41 bzw. gut 43%.

Der Nachweis regionalisierter Ergebnisse ist im Rahmen der Mikrozensususerhebung nicht für einzelne Städte und Landkreise, sondern nur auf der Ebene der acht für Rheinland-Pfalz festgelegten Regionalschichten möglich. So bilden zum Beispiel die Kreise Altenkirchen, Neuwied, Rhein-Lahn und Westerwald die Schicht 1 mit der Bezeichnung „Mittelrhein-Ost“. Bei der Darstellung der Ergebnisse nach Schichten ist allerdings zu beachten, dass die hochgerechneten Ergebnisse für die einzelnen regionalen Einheiten in ihrer Aussagefähigkeit etwas stärker eingeschränkt sind als das Landesergebnis insgesamt.

Eigentümerquote an bewohnten Wohnungen¹⁾ 1993, 1998 und 2002 nach regionalen Schichten

Regionalschicht in der Stichprobe ²⁾	Wohnungs- stichprobe 1993	Mikrozensus- Zusatzerhebung	
		1998	2002
Mittelrhein-Ost	60,0	61,2	61,0
Mittelrhein-West	52,6	54,3	52,2
Nahe	55,9	56,8	60,6
Trier	56,6	59,2	62,6
Rheinhausen	45,2	48,3	49,0
Vorderpfalz	45,0	48,2	50,3
Südpfalz	62,5	58,4	62,3
Westpfalz	53,7	57,5	55,6
Rheinland-Pfalz	52,8	55,0	55,7

1) Hawliczek, Ingo: Eigentumswohnungen, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 1/2003, S. 18 ff.

1) Ohne Wohnungen in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung. – 2) Siehe Erläuterungskasten.

Zuordnung der kreisfreien Städte und Landkreise zu den Regionalschichten

Bezeichnung der Regionalschicht	Zugeordnete kreisfreie Städte und Landkreise
Mittelrhein-Ost	Landkreise Altenkirchen (Ww.), Neuwied, Rhein-Lahn-Kreis, Westerwaldkreis
Mittelrhein-West	Koblenz, St.; Landkreise Mayen-Koblenz, Ahrweiler, Cochem-Zell, Rhein-Hunsrück-Kreis
Nahe	Landkreise Bad Kreuznach, Birkenfeld
Trier	Trier, St.; Landkreise Bernkastel-Wittlich, Bitburg-Prüm, Daun, Trier-Saarburg
Rheinhessen	Mainz, St.; Worms, St.; Landkreise Mainz-Bingen, Alzey-Worms
Vorderpfalz	Ludwigshafen a. Rhein, St.; Frankenthal (Pfalz), St.; Neustadt a. d. Weinstr., St.; Speyer, St.; Landkreise Ludwigshafen, Bad Dürkheim
Südpfalz	Landau i. d. Pfalz, St.; Landkreise Germersheim, Südliche Weinstraße
Westpfalz	Kaiserslautern, St.; Pirmasens, St.; Zweibrücken, St.; Landkreise Kaiserslautern, Kusel, Südwestpfalz, Donnersbergkreis

Wie zu erwarten, ist in den ländlichen Bereichen die Eigentumsquote teilweise deutlich höher als in den städtischen Gebieten. Am höchsten ist sie mit 62,6% in der Schicht, welche die Stadt Trier und die vier Landkreise des ehemaligen Regierungsbezirks Trier umfasst, gefolgt von dem Gebiet Südpfalz mit der kreisfreien Stadt Landau und den Kreisen Germersheim und Südliche Weinstraße (62,3%). Einen überdurchschnittlichen Wert gibt es mit 61% auch noch für den Bereich Mittelrhein-Ost (Kreise Altenkirchen, Neuwied, Rhein-Lahn und Westerwald) sowie den Bereich Nahe (Kreise Bad Kreuznach und Birkenfeld) mit 60,6%. Dagegen liegt die Quote in Rheinhessen (Städte Mainz, Worms, Landkreise Alzey-Worms und Mainz-Bingen) mit 49% am

niedrigsten. Gegenüber dem Ergebnis vom April 1998 sind in drei Regionalschichten rückläufige Quoten festzustellen (Mittelrhein-Ost und Mittelrhein-West sowie Westpfalz). In allen anderen Schichten waren Zunahmen der Eigentumsquote festzustellen.

Viel Platz zum Wohnen

Zu den Kriterien der Wohnqualität zählt neben der Lage und Ausstattung der Wohnung auch die den Bewohnern zur Verfügung stehende Wohnfläche. Die in Rheinland-Pfalz ermittelten 1 681 000 bewohnten Wohnungen haben eine durchschnittliche Fläche von 103,6 m², das sind 4 m² mehr als vor vier Jahren. Um fast 9 m² wurde das Ergebnis der Totalzählung 1987 überschritten. Unabhängig vom Wohnungstyp gilt, dass die Wohnfläche je Wohneinheit umso geringer ist, je mehr Wohnungen sich im Wohngebäude befinden. Diese Feststellung wird durch die Tatsache belegt, dass in Ein- und Zweifamilienhäusern im Mittel die Wohnungen über eine Größe von 130 bzw. 99 m² verfügen, während die Wohnungsgröße in Gebäuden mit drei bis sechs Wohnungen nur bei knapp 82 m² und in Gebäuden mit sieben bis zwölf Einheiten bei 73 m² liegt.

Auch die je Person zur Verfügung stehende Wohnfläche hat erneut zugenommen und erreichte im April 2002 den neuen Rekordwert von 46,4 m². Zum Vergleich: Nach den Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 belief sich damals der Wert auf knapp 24 m². Personen in Einfamilienhäusern konnten 2002 – rein rechnerisch – sogar 50,7 m², diejenigen in Gebäuden mit sieben bis zwölf Wohnungen aber nur 37 m² nutzen.

Bei der Unterscheidung nach Eigentümer- und Mietwohnungen zeigen sich beachtliche Unterschiede. Die – nicht überraschende – Tatsache betrifft sowohl die

Bewohnte Wohneinheiten¹⁾ nach Gebäudegröße, Baujahr, Wohnverhältnis und Wohnfläche 2002

Gebäudeart Baujahr	Wohneinheiten			Eigentümerwohneinheiten			Mietwohneinheiten		
	insgesamt	Fläche		insgesamt	Fläche		insgesamt	Fläche	
		je Wohneinheit	je Person		je Wohneinheit	je Person		je Wohneinheit	je Person
	1 000	m ²		1 000	m ²		1 000	m ²	
Insgesamt	1 681	103,6	46,4	937	124,6	51,0	744	77,2	39,1
Wohngebäude mit ... Wohneinheiten									
1	685	130,1	50,7	608	132,9	51,9	77	108,1	41,4
2	399	99,1	46,7	217	115,4	49,5	182	79,8	42,7
3 - 6	326	81,6	41,7	69	104,5	50,5	257	75,5	39,1
7 - 12	178	73,1	37,1	23	90,2	45,9	155	70,5	35,8
13 - 20	34	68,2	38,5	(7)	87,2	45,6	27	63,2	36,5
21 und mehr	59	60,7	34,4	13	77,2	41,8	47	56,3	32,3
Wohngebäude von ... bis ... errichtet									
bis 1900	170	107,5	49,9	117	120,1	53,1	53	79,8	41,8
1901 - 1918	91	101,4	46,0	54	116,5	50,0	37	79,5	39,4
1919 - 1948	193	96,8	44,7	109	111,9	48,7	84	77,4	38,8
1949 - 1978	764	99,1	46,5	391	121,3	53,6	373	75,8	38,0
1979 - 1986	202	112,4	47,1	125	134,1	50,1	77	77,1	40,3
1987 - 1990	46	115,8	44,8	27	138,0	46,0	19	84,9	42,3
1991 - 2000	199	111,5	44,7	103	142,3	47,2	96	78,4	40,5
2001 und später	16	128,6	45,1	11	145,4	46,0	/	86,1	41,6

1) In Wohngebäuden, ohne Wohnheime.

Wohnungsgröße als auch die Fläche je Person. Im Vergleich zur letzten Mikrozensus-Zusatzerhebung 1998 fielen die jeweiligen Steigerungsraten bei den Mietwohnungen niedriger aus als bei den Eigentümerwohnungen. Die durchschnittliche Wohnfläche nahm bei Mietwohnungen von nicht ganz 76 auf über 77 m² (+2,1%) zu; bei Eigentümerwohnungen, die sehr stark durch die Ein- und Zweifamilienhäuser bestimmt werden, stieg die Quadratmeterzahl je Wohnung um 4,4% von gut 119 auf fast 125 m². Die den Mitgliedern eines Mieterhaushalts zur Verfügung stehende Wohnfläche erhöhte sich im gleichen Zeitraum von rund 37 auf 39 m² (+5,1%), während in Eigentümerhaushalten ein Anstieg der Wohnfläche je Person um 6,3%, nämlich von 48 auf nunmehr 51 m², festzustellen ist.

Gasheizung am häufigsten

Hinsichtlich der Beheizung der Wohnungen haben sich seit der letzten Erhebung keine gravierenden Veränderungen ergeben. Am auffälligsten ist der weitere Rückgang der Beheizung durch Einzel- oder Mehrraumöfen. Wurden vor vier Jahren noch 221 000 Wohnungen im Land auf diese Weise beheizt (13,6%), so waren es jetzt nur noch 177 000 oder 10,5%. Die wichtigste Beheizungsart ist die Block-, Zentral- oder Etagenheizung; in den vergangenen vier Jahren stieg ihr Anteil um drei Prozentpunkte auf gut 86%. Bei den zur Beheizung verwendeten Brennstoffen gibt es zwei klare Favoriten. So erfolgte in jeder zweiten Wohnung die Beheizung durch Gas, in vier von zehn durch Heizöl. Ohne größere Bedeutung waren Strom (4,7%), Fernwärme (2,9%), Holz (1,1%) sowie Kohle mit einem Anteil von nur noch 0,7%. Einen Überblick der langfristigen Entwicklung von 1950 bis 1998 sowohl der Beheizungsart als auch der Energieträger in Rheinland-Pfalz liefert ein ausführlicher Beitrag in einem früheren Statistischen Monatsheft²⁾.

Moderater Anstieg der Mietpreise

Zu den Kernfragen wohnungsstatistischer Erhebungen zählen die Fragen nach der Wohnungsmiete. Im April 2002 wurden die Haushalte nach der Grundmiete (Nettokaltmiete) sowie den „kalten“ und „warmen“ Betriebskosten befragt. In den Ergebnistabellen wird die Bruttokaltmiete nachgewiesen. Hierunter wird der monatliche Betrag verstanden, der mit dem Vermieter als Entgelt für die Überlassung der ganzen Wohneinheit zum Zeitpunkt der Zählung vereinbart war. Dabei ist es gleichgültig, ob die Miete tatsächlich gezahlt wurde oder nicht. Zur Bruttokaltmiete rechnen neben der Grundmiete auch die „kalten“ Betriebskosten, also die monatlich aufzuwendenden Beträge für Wasser, Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Hausreinigung und -beleuchtung, Schornsteinreinigung, Hauswart, öffentliche Lasten, Gebäudeversicherungen und Kabelanschluss. Dagegen bleiben beispielsweise Umlagen für den Betrieb einer Zentralheizung oder Warmwasserversorgung, die Beträge für eine Garage oder einen Einstellplatz sowie Zuschläge für Möblierung, gewerbliche Nutzung oder Untervermietung unberücksichtigt.

2) Hawliczek, Ingo: Beheizung der Wohnungen - Wandel der Heizungsart und Energieträger, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 3/2000, S. 52 ff.

Durchschnittliche Quadratmetermieten (Bruttokaltmiete) in bewohnten reinen Mietwohneinheiten 1993, 1998 und 2002 nach Auswahlsschichten

Regionalschicht in der Stichprobe ¹⁾	Wohnungs- stichprobe 1993	Mikrozensus- Zusatzerhebung	
		1998	2002
Durchschnittliche Miete in EUR/m² Wohnfläche			
Mittelrhein-Ost	4,02	5,09	5,07
Mittelrhein-West	4,25	5,02	5,27
Nahe	3,93	4,83	5,04
Trier	3,92	4,76	5,11
Rheinhausen	5,41	6,04	6,56
Vorderpfalz	4,61	5,42	5,73
Südpfalz	4,52	5,41	5,54
Westpfalz	4,24	4,97	5,11
Rheinland-Pfalz	4,44	5,26	5,52
Rangziffern ²⁾ der Miete je Quadratmeter			
Mittelrhein-Ost	3	5	2
Mittelrhein-West	5	4	5
Nahe	2	2	1
Trier	1	1	3
Rheinhausen	8	8	8
Vorderpfalz	7	7	7
Südpfalz	6	6	6
Westpfalz	4	3	3

1) Siehe Erläuterungskasten. – 2) 1 = niedrigster Wert.

Die inhaltliche Abgrenzung des Begriffs „Miete“ ist seit Jahren unverändert, wodurch mehrjährige Vergleiche ermöglicht werden. Für die insgesamt 576 000 Mietwohnungen, für die im Frühjahr 2002 Angaben zu Grundmiete und Betriebskosten ermittelt wurden, errechnet sich für Rheinland-Pfalz ein durchschnittlicher Quadratmeterpreis von 5,52 Euro; dies bedeutet eine Steigerung gegenüber der vorausgegangenen Erhebung vom April 1998 um 4,9%, die als sehr moderat anzusehen ist. Für vor 1990 gebaute Wohnungen ergibt sich ein durchschnittlicher Quadratmeterpreis von 5,39 Euro, für jüngere Wohnungen dagegen ein Preis von 6,29 Euro. Allerdings wurden für diese Wohnungen damit nur unterdurchschnittliche Mietsteigerungen (+1,1%) seit April 1998 durchgesetzt. Im gleichen Zeitraum ist der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet mit +6,8% etwas stärker gestiegen als die Mieten.

Mietsteigerungen unterliegen verschiedenen Einflussfaktoren

Da im Beobachtungszeitraum von 1998 bis 2002 keine außergewöhnlichen Ereignisse auf den Wohnungsmarkt einwirkten, verlief der Preisanstieg in mäßigem Rahmen. Die Zahl der zur Verfügung stehenden Wohnungen nahm weiter zu. Die Zahl der Mietwohnungen erhöhte sich binnen vier Jahren um knapp 2%, die der Eigentümerwohnungen – deren Besitzer machen in der Regel beim Bezug dieser Wohnungen eine Mietwohnung frei – um genau 5%. Diesen Wohnungszugängen stand in den vier Jahren eine Bevölkerungszunahme um rund 30 000 Personen bzw. 0,8% gegenüber. Die verhältnismäßig geringe Nachfragesteigerung wirkte sich dämpfend auf die Mietpreise aus und führte dazu, dass – wenn auch regional unterschiedlich – die Zahl der leer stehenden Wohnungen zunahm.

Der in den letzten Jahren relativ ruhige Wohnungsmarkt in Rheinland-Pfalz erlebte nur wenige Jahre vorher eine stürmischere Entwicklung. Bedingt durch politische Ereignisse – Wiedervereinigung Deutschlands, Krieg auf dem Balkan und Liberalisierung in Osteuropa – nahm die Zahl der Wohnungssuchenden stark zu. Die erhöhte Nachfrage nach Wohnraum führte – besonders in den Jahren 1993 bis 1995 – zu erheblichen Steigerungen der Wohnungsbauaktivitäten, von denen insbesondere auch der Mietwohnungsbau betroffen war. In diesen drei Jahren wurden fast 96 000 Wohneinheiten zum Bau freigegeben. Diese Situation hatte auch Auswirkungen auf das Mietpreisniveau. So zogen die Quadratmeterpreise im Landesmittel vom September 1993 (1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe) bis zum April 1998 (Mikrozensus-Zusatzerhebung) von 4,44 Euro auf 5,26 Euro oder um 18,5% an. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Preisindex für die Lebenshaltung dagegen nur um 7,9%.

Große Spanne bei Quadratmetermieten

Von allen Mietwohnungen mit Angaben zu Grundmiete und Betriebskosten entfielen bei der aktuellen Erhebung 29% auf die Gruppe mit monatlichen Quadratmetermieten von 5 bis 6 Euro. Zwischen 6 und 7 Euro wurden für 19% der Wohnungen bezahlt. Knapp jede achte Einheit kostete zwischen 4,50 und 5 Euro. Für 6% der Wohnungen mussten monatlich je Quadratmeter weniger als 3,50 Euro aufgebracht werden. Umgekehrt entfielen auf die höchste Gruppe mit 8,50 Euro und mehr noch 7% der Wohneinheiten.

Die bereits bei früheren Befragungen festgestellte Tatsache, dass die durchschnittliche Bruttokaltmiete je Quadratmeter mit ansteigender Wohnfläche sinkt, trifft auch für die aktuelle Erhebung zu. Für Kleinstwohnun-

gen mit weniger als 40 m² Wohnfläche – in der Regel dürfte es sich hier um Appartements handeln – wurde ein durchschnittlicher Quadratmeterpreis von 7,89 Euro ermittelt; für Einheiten mit 40 bis 60 m² war ein deutlich niedrigerer Preis von 6,04 Euro/m² zu beobachten. Wohnungen mit 100 bis 120 Quadratmetern Wohnfläche kosteten monatlich 5,18 Euro, diejenigen mit 120 und mehr Quadratmetern 4,83 Euro/m².

Regionale Unterschiede in der Miethöhe je Quadratmeter bestehen weiter

Anfragen im Statistischen Landesamt nach Mietergebnissen beziehen sich sehr oft auf einzelne Gemeinden oder Landkreise. Ein Nachweis dieser Zahlen war zuletzt mit den Daten der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 möglich. Die 1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993 und die Mikrozensus-Zusatzerhebung 1998 lieferten Mietangaben nach Regierungsbezirken und den acht so genannten Regionalschichten. Da es in Rheinland-Pfalz die Regierungsbezirke seit dem Jahr 2000 nicht mehr gibt, ist für das Jahr 2002 nur noch ein Nachweis nach Regionalschichten möglich.

Bei einem Vergleich der Stichprobenerhebung von 1993 mit den beiden Zusatzerhebungen von 1998 und 2002 zeigt sich ein sehr homogenes Bild für die Bruttokaltmiete je Quadratmeter Wohnfläche nach Regionalschichten. In dem zehnjährigen Vergleich wird die Annahme bestätigt, dass die Quadratmeterpreise in den städtischen und stadtnahen Gebieten höher sind als in den ländlichen Gebieten. Die Vergabe von Rangziffern bekräftigt diese Aussage. Auf Rang 8 mit den höchsten Quadratmeterpreisen liegt in allen drei Erhebungen die Region Rheinhessen mit den kreisfreien Städten Mainz und Worms sowie den Landkreisen Mainz-Bingen und

Reine Mietwohneinheiten¹⁾ nach Gebäudegröße, Baujahr und Miete je Quadratmeter Wohnfläche 2002

Gebäudegröße Baujahr	Ins- gesamt ²⁾	Davon mit einer monatlichen Miete je Quadratmeter Wohnfläche von ... bis unter ... EUR								Durchschnittsmiete je	
		unter 3,50	3,50 – 4,00	4,00 – 4,50	4,50 – 5,00	5,00 – 6,00	6,00 – 7,00	7,00 – 8,50	8,50 und mehr	Quadrat- meter Wohnfläche	Wohn- einheit
		1 000								EUR	
Insgesamt	576	35	34	55	71	169	109	63	40	5,52	420
Wohngebäude mit ... Wohneinheiten											
1	54	(6)	(5)	(7)	(5)	13	(9)	/	/	5,15	558
2	97	12	(8)	14	15	25	14	(7)	/	5,05	406
3 - 6	217	12	15	22	30	67	43	19	(9)	5,39	407
7 - 12	142	/	/	10	16	47	28	21	12	5,95	412
13 - 20	25	/	/	/	/	(7)	/	/	/	6,47	402
21 und mehr	41	/	/	/	/	11	10	(6)	(8)	6,47	375
Wohngebäude von ... bis ... errichtet											
bis 1900	33	(6)	/	/	/	(6)	/	/	/	5,02	396
1901 - 1918	26	/	/	/	/	(6)	/	/	/	5,22	405
1919 - 1948	62	(7)	/	(7)	(8)	19	(9)	(6)	/	5,14	391
1949 - 1978	296	14	17	32	41	92	55	27	17	5,44	407
1979 - 1986	60	/	/	(5)	(8)	19	12	(7)	/	5,64	429
1987 - 1990	15	/	/	/	/	/	/	/	/	5,49	473
1991 - 2000	81	/	/	/	(7)	22	20	14	10	6,26	481
2001 und später	/	-	/	-	/	/	/	/	/	7,09	582

1) In Wohngebäuden ohne Wohnheime. – 2) Nur Wohneinheiten mit Angaben zur Grundmiete und kalten Betriebskosten.

Alzey-Worms. Für den April 2002 wurde hier ein durchschnittlicher Preis von 6,56 Euro je Quadratmeter Wohnfläche ermittelt; damit liegt er um 8,6% höher als vor vier Jahren und weist gleichzeitig die höchste Veränderungsrate aller acht Schichten auf. Jeweils Rang 7 und 6 belegten 1993 und 2002 die Bereiche Vorder- und Südpfalz mit Quadratmeterpreisen von jetzt 5,73 bzw. 5,54 Euro. Zwischen den anderen fünf Regionalschichten gab es teilweise Verschiebungen der Rangziffern. So musste die 1993 und 1998 am Anfang der Skala liegende Region Trier – sie ist identisch mit dem früheren Regierungsbezirk – die Position verlassen und belegt mit einem Wert von 5,11 Euro je Quadratmeter jetzt Rang 3. Am niedrigsten ist nunmehr die monatliche Quadratmetermiete in der Schicht 3 (Nahe) mit den beiden Landkreisen Bad Kreuznach und Birkenfeld. Nachdem dieses Gebiet in den 90er Jahren die zweitbilligsten Mieten aufwies, liegt es 2002 mit 5,04 Euro je Quadratmeter auf dem ersten Platz.

Mietspiegel und Vergleichsmiete

Zum Abschluss der vorstehenden Auswertungen über die Mietangaben der Mikrozensus-Zusatzbefragung sollte nicht unerwähnt bleiben, dass die Erstellung von so genannten „Mietspiegeln“ und die Ermittlung „örtlicher Vergleichsmieten“ nicht zum Aufgabenbereich des Statistischen Landesamtes gehört.

Ein Mietspiegel hat die Aufgabe, Mietern und Vermietern, Verwaltung, Gerichten, Gutachtern und Investoren eine statistische Marktübersicht an die Hand zu geben, wie viel Miete für eine Wohnung bestimmter Ausstattung und Lage üblicherweise gezahlt wird. Dabei bezieht sich diese auf nach Art, Größe, Ausstattung und Beschaffenheit vergleichbare Wohnungen der jeweiligen Gemeinde. Diese Marktübersicht gilt nur für den freifinanzierten Wohnungsbau.

Für die Erstellung von Mietspiegeln sind die Gemeinden – so weit hierfür ein Bedürfnis besteht und dies mit einem vertretbaren Aufwand möglich ist – zuständig. Sie erfassen in der Regel per Fragebogen das Mietpreisgefüge auf den einzelnen regionalen Wohnungsteilmärkten. Bei der Aufstellung der Mietspiegel wirken neben der jeweiligen Gemeindeverwaltung üblicherweise Mieterschutzvereinigungen, Haus- und Grundeigentümervereine, ortsansässige Wohnungsunternehmen, der Ring Deutscher Makler, die im Gemeinderat vertretenen Fraktionen sowie die Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse für Grundstückswerte mit.

Bei den in den Mietspiegeln ausgewiesenen Mietwerten handelt es sich, anders als in der Auswertung der statistischen Erhebung, um die reine Nettomiete ohne alle Neben- bzw. Betriebskosten.

Diplom-Volkswirt Ingo Hawliczek

Schulden der kommunalen Körperschaften im Jahr 2002

Die Schulden der kommunalen Körperschaften in Rheinland-Pfalz sind im vergangenen Jahr erneut gestiegen. Der Schuldenstand der Gemeinden und Gemeindeverbände (Ortsgemeinden, Verbandsgemeinden, verbandsfreie Gemeinden, kreisfreie Städte und Landkreise) erhöhte sich um knapp 120 Mill. auf 4,49 Mrd. Euro. Das entspricht einer Zunahme um 2,7% gegenüber dem Jahresende 2001. Die Verbindlichkeiten der kommunalen Eigenbetriebe stiegen um 85 Mill. auf rund 4 Mrd. Euro (+2,2%). Dagegen reduzierten die kommunalen Krankenhäuser ihre Kredite um 9,5 Mill. auf 131,6 Mill. Euro, das entspricht einem Rückgang von 6,8%.

Höchster Schuldenstand in Trier und Ludwigshafen

Pro Einwohner standen damit Ende 2002 durchschnittlich 1 108 Euro Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände zu Buche, die Verbindlichkeiten der Eigenbetriebe beliefen sich auf 992 Euro pro Kopf.

Die zwölf kreisfreien Städte, die in der Regel neben den Einrichtungen für ihre Bürgerinnen und Bürger auch Infrastruktur für Umlandgemeinden vorhalten müssen, hatten Fremdmittel in Höhe von 1,5 Mrd. Euro auf der Soll-Seite, 2,7% mehr als Ende 2001. Das waren 1 474 Euro pro Einwohner.

Die höchsten Verbindlichkeiten pro Einwohner weisen Trier, Ludwigshafen, Koblenz und Zweibrücken auf, alle übrigen kreisfreien Städte liegen unter dem Durchschnitt. Werden die Schulden der ausgegliederten Eigenbetriebe mit berücksichtigt, haben Trier, Mainz, Koblenz, Ludwigshafen und Pirmasens den höchsten Schuldenstand je Einwohner.

31% der Gemeinden im Land sind ohne Schulden

Die Schulden der rund 2 250 Ortsgemeinden beliefen sich auf 909 Mill. Euro, das waren 4,6% mehr als Ende 2001. Pro Einwohner errechnet sich ein Schuldenstand von 380 Euro. Zu diesen Schulden kommen noch einmal knapp 690 Mill. Euro der 163 Verbandsgemeinden hinzu, das sind 288 Euro pro Einwohner. Gegenüber 2001 kletterten die Verbindlichkeiten der Verbandsgemeinden um 3,7%. Ortsgemeinden und Verbandsgemeinden zusammen erhöhten ihren Schuldenstand gegenüber dem Vorjahr um 4,2% auf knapp 1,6 Mrd. Euro. Je Einwohner waren das 668 Euro.

Die 37 verbandsfreien Gemeinden im Land hatten zusammen 513 Mill. Euro Schulden, 790 Euro pro Kopf. Gegenüber dem Jahr 2001 ist das ein Anstieg um 1,1%.

877 Mill. Euro Schulden entfielen auf die 24 Landkreise, das waren ebenfalls 1,1% mehr als ein Jahr zuvor. Pro Kopf errechnet sich damit ein Schuldenstand von 289 Euro.

708 der rund 2 300 Gemeinden im Land sind schuldenfrei. In der Mehrzahl handelt es sich um kleinere Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern. Die größten schuldenfreien Kommunen sind Wörth am Rhein (Landkreis Germersheim) und Mülheim-Kärlich (Landkreis Mayen-Koblenz).

Schuldenstand der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie Schulden der Eigenbetriebe und Krankenanstalten 2002 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Schuldenstand der Gemeinden und Gemeindeverbände		Schulden der Eigen- betriebe	Schulden der Kranken- anstalten
	insgesamt	je Ein- wohner		
		1 000 EUR	EUR	1 000 EUR
Kreisfreie Städte				
Koblenz	208 848	1 936	50 644	8 018
Trier	232 537	2 328	60 986	
Frankenthal (Pfalz)	50 650	1 060	9 290	3 500
Kaiserslautern	125 025	1 255	65 497	23 891
Landau in der Pfalz	34 048	828	7 731	1 792
Ludwigshafen am Rhein	336 725	2 074	50 523	77 119
Mainz	195 554	1 053	277 120	-
Neustadt a. d. Weinstraße	58 352	1 083	12 188	-
Pirmasens	54 238	1 215	43 375	415
Speyer	45 792	915	21 020	318
Worms	81 637	1 011	21 466	1 306
Zweibrücken	64 158	1 792	2 883	-
Zusammen	1 487 564	1 474	622 723	116 359
Landkreise				
Ahrweiler	106 071	814	147 047	-
Altenkirchen (Ww.)	168 827	1 228	219 899	-
Bad Kreuznach	154 300	977	152 359	-
Bad Kreuznach, St	66 001	1 526	26 085	-
Birkenfeld	95 080	1 058	126 511	914
Idar-Oberstein, St	42 116	1 266	24 089	914
Cochem-Zell	64 803	983	110 500	-
Mayen-Koblenz	266 980	1 257	188 233	4 240
Andernach, St	25 737	877	8 887	-
Mayen, St	29 430	1 491	18 399	-
Neuwied	173 858	940	232 717	-
Neuwied, St	55 032	823	41 001	-
Rhein-Hunsrück-Kreis	44 964	425	102 387	-
Rhein-Lahn-Kreis	125 584	971	231 740	-
Lahnstein, St	17 102	910	22 342	-
Westerwaldkreis	146 231	721	284 720	-
Bernkastel-Wittlich	117 327	1 029	177 401	-
Bitburg-Prüm	101 845	1 060	175 154	-
Daun	86 696	1 350	129 139	-
Trier-Saarburg	177 789	1 286	163 954	175
Alzey-Worms	161 887	1 289	117 756	-
Bad Dürkheim	158 162	1 176	97 837	880
Donnersbergkreis	108 942	1 383	93 757	4 342
Germersheim	73 665	592	26 349	-
Kaiserslautern	103 298	938	126 882	-
Kusel	98 669	1 260	86 467	-
Südliche Weinstraße	69 895	636	94 712	680
Ludwigshafen	122 573	829	57 736	-
Mainz-Bingen	222 168	1 130	147 173	-
Bingen am Rhein, St	17 592	714	25 704	-
Ingelheim am Rhein, St	13 150	528	19 416	-
Südwestpfalz	39 337	374	102 719	-
Zusammen	2 988 951	983	3 393 149	11 231
darunter große kreisangeh. Städte	266 160	1 021	185 923	914
Bezirksverband				
Bezirksverband Pfalz	11 592	8	-	4 084
Insgesamt	4 488 107	1 108	4 015 872	131 674

Einpersonenhaushalte und Familien mit Kindern

– Ausgewählte Ergebnisse des Mikrozensus 2002 –

Einmal im Jahr wird in den 16 Ländern der Bundesrepublik Deutschland jeder hundertste Haushalt über seine wirtschaftliche und soziale Lage befragt. In Rheinland-Pfalz sind das etwa 18 000 Haushalte. Durch den Mikrozensus werden seit 1957 statistische Informationen über die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung, über die Erwerbstätigkeit, den Arbeitsmarkt und die Ausbildung zur Verfügung gestellt. Im Folgenden werden ausgewählte Ergebnisse zu Haushalts- und Familienstrukturen aus der Erhebung im April 2002 vorgestellt.

Zahl der Alleinlebenden steigt

Der Anteil der Einpersonenhaushalte in Rheinland-Pfalz hat in den letzten Jahrzehnten deutlich zugenommen. Mittlerweile lebt in 34% der Haushalte nur eine Person. 1980 war dies erst in 24% der Fall, 1990 allerdings bereits in 30% der Haushalte.

Dabei hat sich die Zahl der Alleinlebenden insbesondere unter den Jüngeren (unter 65 Jahre) erhöht. Zu dieser Personengruppe zählen mittlerweile 60% der Alleinlebenden, während es 1980 erst 45% waren. Die veränderte Altersstruktur unter den Alleinlebenden darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch immer mehr ältere Menschen, öfter vielleicht unfreiwillig, diese Lebensform wählen.

2002 lebte rund ein Drittel der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer im Alter von 65 Jahren oder älter in Einpersonenhaushalten. Dies waren immerhin 254 000 Menschen (40%) unter den rund 635 000 Bewohnern in Einpersonenhaushalten. Ihre Zahl hat gegenüber 1990 um fast 18% zugenommen. Rund 153 000 von ihnen hatten das 75. Lebensjahr bereits

Familien 1980, 1990 und 2002 nach der Familienzusammensetzung

Familienzusammensetzung	1980	1990	2002	Veränderung 2002 gegenüber 1990
	1 000			%
Ehepaare	912,7	932,5	983,9	5,5
ohne Kinder	333,1	382,5	478,0	25,0
mit Kindern	579,6	550,0	506,0	-8,0
1 Kind	250,5	264,6	229,2	-13,4
2 Kinder	215,1	218,0	205,0	-6,0
3 Kinder	77,1	50,3	55,8	10,9
4 und mehr Kinder	36,9	17,1	15,9	-7,0
Allein Erziehende	86,4	109,0	137,0	25,7
Männer	13,4	19,0	26,1	37,4
darunter mit 1 Kind	(9,7)	14,9	20,9	40,3
Frauen	73,0	90,0	111,0	23,3
darunter mit 1 Kind	47,0	63,8	72,5	13,6
Familien insgesamt	999,1	1 041,5	1 121,0	7,6

vollendet. Der Anteil der Frauen an der Gruppe der Alleinlebenden ab 65 Jahre betrug 2002 wie auch 1990 rund 80%.

643 000 Familien mit Kindern in Rheinland-Pfalz

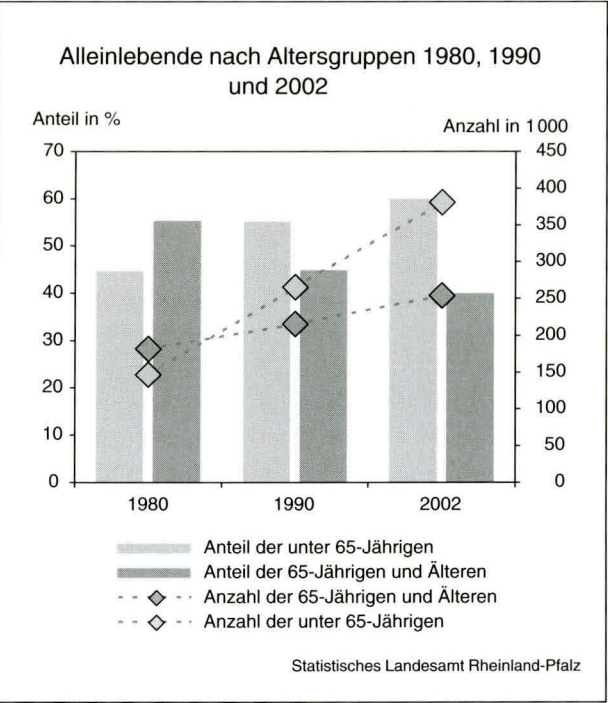
Zu den Familien zählen im Mikrozensus Eltern sowie allein Erziehende mit ihren im gleichen Haushalt lebenden Kindern, aber auch Ehepaare ohne Kinder bzw. Ehepaare, deren Kinder nicht mehr mit im Haushalt wohnen. Eine Altersgrenze für die Zählung als Kind gibt es dabei nicht. Entsprechend dieser Definition gab es 2002 rund 1,12 Mill. Familien in Rheinland-Pfalz.

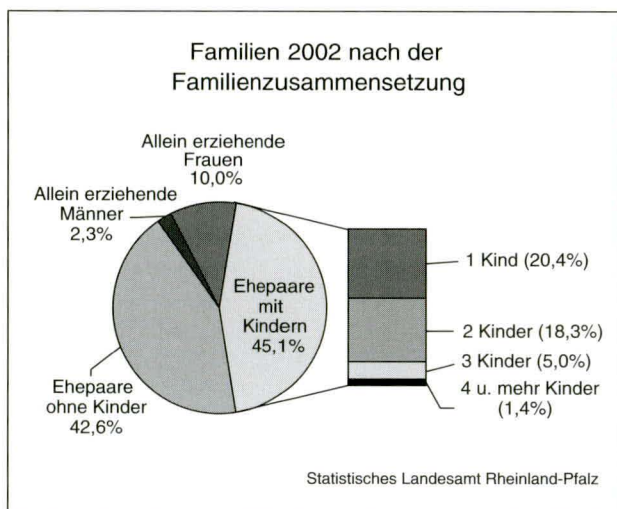
Darunter waren 506 000 Ehepaare mit Kindern und 478 000 Ehepaare, die keine Kinder hatten oder deren Kinder nicht mehr im Haushalt der Eltern wohnten. Die Zahl der Familien, in denen keine Kinder leben, hat in den vergangenen Jahren ständig zugenommen. So gab es 1990 nur 382 500 Verheiratete ohne Kinder, aber 550 000 Ehepaare mit Kindern.

Eine Unterscheidung nach der Zahl der Kinder zeigt, dass die meisten Ehepaare mit Kindern – nämlich rund 229 000 – ein Kind, etwas weniger (205 000) zwei Kinder haben. Höhere Kinderzahlen sind weit seltener zu beobachten: 56 000 Ehepaare haben drei und 16 000 vier oder mehr Kinder. Ehepaare, die sich für mehrere Kinder entscheiden, tendieren offensichtlich zur fünfköpfigen Familie. Als einzige Gruppe unter den Ehepaaren mit Kindern haben nämlich im Vergleich zu 1990 diejenigen mit drei Kindern zahlenmäßig zugenommen.

In 137 000 Familien wachsen die Kinder bei nur einem Elternteil auf. Auch hier hat es in den letzten Jahren beachtliche Veränderungen gegeben. So wurden 1990 erst 109 000 Mütter und Väter registriert, die allein mit ihren Kindern lebten.

Von den 643 000 Familien mit Kindern haben 454 700 Kinder unter 18 Jahren; rund 15% haben Kinder unter





drei Jahren. Die Zahl der Familien mit Kleinkindern liegt gegenüber 1990 um 6,3% niedriger. Familien mit Kindern insgesamt gibt es 2,4% weniger.

Zahl der allein erziehenden Männer hat sich seit 1980 fast verdoppelt

19% der allein Erziehenden sind Männer. Mit einem Anstieg von 19 000 in 1990 auf 26 000 fällt die Zuwachsrate bei den allein erziehenden Vätern besonders kräftig aus. Im Vergleich zu 1980 hat sich die Anzahl der allein erziehenden Väter nahezu verdoppelt. Damals umsorgten 13 400 Männer ihren Nachwuchs allein.

80% der allein erziehenden Männer leben mit einer Tochter oder einem Sohn zusammen, in einem Fünftel der Fälle wohnen zwei oder mehr Kinder im Haushalt des Vaters. In 14 200 dieser Familien waren die Kinder noch minderjährig und bedurften damit – zumindest in Teilbereichen – in besonderem Maße der Fürsorge des Vaters.

Knapp die Hälfte der allein erziehenden Männer ist geschieden oder noch verheiratet, aber getrennt lebend. Damit ist – wie bei den Frauen – die Trennung vom Partner der häufigste Grund, die Kinder allein aufzuziehen. Etwas mehr als ein Drittel der Väter waren Witwer.

Fast 73 000 allein erziehende Frauen haben Kinder unter 18 Jahren

Insgesamt 111 000 Frauen erziehen ihre Kinder allein. Mit gut 54% ist unter den allein erziehenden Frauen ein etwas höherer Anteil als unter den allein erziehenden Männern geschieden oder lebt getrennt. 19% der Frauen sind ledig, etwas mehr als ein Viertel ist verwitwet.

Von den allein Erziehenden Frauen haben 73 000 Kinder unter 18 Jahren. Dies sind rund 17% aller Frauen (440 400), die mit ihren Kindern unter 18 Jahren in einem Haushalt leben. 1990 waren lediglich 43 700 der knapp 411 000 Frauen mit Kindern unter 18 Jahren allein für deren Erziehung verantwortlich.

Über 63% der allein stehenden Mütter mit Kindern unter 18 Jahren hatten ein Kind zu versorgen, 30% trugen die Verantwortung für zwei Kinder in diesem Alter. Rund 8% sorgten für drei oder mehr minderjährige Kinder. Zum Vergleich: Von den 367 700 verheirateten Müttern mit Kindern unter 18 Jahren, die im Jahr 2002 mit ihrem Ehemann zusammenlebten, hatten knapp 46% für ein Kind zu sorgen, fast 42% betreuten zwei Kinder. Für drei oder mehr minderjährige Kinder hatten weniger als 13% der verheirateten Frauen die elterliche Mitverantwortung.

Immer häufiger leben Frauen in einem kinderlosen Haushalt

Der Anteil der Frauen in Rheinland-Pfalz, in deren Haushalt keine Kinder leben, steigt weiter an. Demnach lebten im April vergangenen Jahres gut 24% der 320 500 Frauen zwischen 35 und 45 Jahren nicht mit Kindern zusammen. 1990 hatten 21% der damals 257 900 Frauen dieser Altersgruppe keine Kinder im Haushalt. 1980 waren es sogar nur knapp 15% der 260 900 Frauen zwischen 35 und 45 Jahren.

Von den rund 76% der 35- bis 45-jährigen Frauen im Land, die sich im Frühjahr 2002 um Kinder in ihrem Haushalt kümmerten, hatte nicht ganz die Hälfte zwei Kinder und gut ein Drittel ein Kind zu versorgen. Knapp 19% der rheinland-pfälzischen Mütter dieser Altersgruppe lebten mit drei oder mehr Kindern in einem Haushalt. □

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG	Einheit	2000	2001				2002			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4035 ¹⁾	4049 ¹⁾	4 047	4 048	4 049	4 054	4 056	4 057	4 058
darunter Ausländer ²⁾	1 000	302 ¹⁾	308 ¹⁾	314	315	308	316	318	318	312
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ³⁾	Anzahl	1 844	1 717	1 522	1 353	2 481	1 757	1 679	1 136	2 370
* Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	3 152	2 982	2 915	3 016	2 873	2 917	2 948	2 721	2 822
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	9,4	8,9	8,5	9,1	8,4	8,8	8,6	8,2	8,2
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁵⁾	Anzahl	3 507	3 519	3 518	3 479	3 722	3 095	3 680	3 501	3 840
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,5	10,5	10,2	10,5	10,8	9,3	10,7	10,5	11,1
* darunter im 1. Lebensjahr										
Gestorbene ⁵⁾	Anzahl	16	13	16	9	12	13	18	13	10
je 1 000 Lebendgeborene ⁶⁾	Anzahl	5,1	4,3	5,5	3,0	4,2	4,5	6,1	4,8	3,5
* Überschuss der Geborenen (+)										
bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 355	- 537	- 603	- 463	- 849	- 178	- 732	- 780	- 1 018
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 1,1	- 1,6	- 1,8	- 1,4	- 2,5	- 0,5	- 2,1	- 2,3	- 3,0
Wanderungen ⁷⁾										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 081	9 375	11 757	8 950	7 678	9 333	11 415	9 321	8 170
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 717	2 919	3 854	2 759	1 899	2 815	3 306	2 540	1 736
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 411	7 629	9 332	7 549	6 473	8 356	9 147	7 536	6 762
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 139	1 816	2 061	1 753	1 599	1 782	1 907	1 707	1 606
* Wanderungsgewinn (+)										
bzw. -verlust (-)	Anzahl	671	1 746	2 425	1 401	1 205	977	2 268	1 785	1 408
* Innerhalb des Landes										
Umgezogene ⁸⁾	Anzahl	13 496	13 180	14 505	13 441	14 088	12 457	14 039	13 437	16 011
ERWERBSTÄTIGKEIT										
Beschäftigte		1999	2000	2001				2002		
		30.6.		31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁹⁾	1 000	1 175	1 191	1 192	1 194	1 215	1 199	1 194	1 196	1 209
* Frauen	1 000	507	518	526	525	535	533	534	532	538
* Ausländer/-innen	1 000	75	77	77	78	78	75	75	76	77
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	170	184	190	193	194	195	198	201	201
* darunter Frauen	1 000	153	162	167	169	170	171	174	176	175
davon nach Wirtschaftsgliederung										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	14	14	13	13	14	12	13	14	14
* produzierendes Gewerbe										
ohne Baugewerbe	1 000	360	361	361	358	360	356	353	351	353
* Baugewerbe	1 000	93	92	87	88	91	86	83	85	87
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	264	268	265	268	275	272	271	271	275
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1 000	127	134	137	138	142	139	140	141	144
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	317	322	329	327	332	333	334	334	336

1) Statt Monatsdurchschnitt: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) Nach dem Ereignisort. – 4) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 5) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 6) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 7) Zu- bzw. Fortzüge über die Landesgrenze ohne ungeklärte Fälle und Fälle ohne Angabe. – 8) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9) Insgesamt einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Arbeitsmarkt	Einheit	2001	2002				2003			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Arbeitslose	Anzahl	134 801	143 665	142 220	138 975	139 082	163 725	159 122	151 652	149 113
* Frauen	Anzahl	61 894	63 014	62 150	61 044	61 836	67 998	67 335	64 552	64 037
Männer	Anzahl	72 907	80 651	80 070	77 931	77 246	95 727	91 787	87 100	85 076
darunter										
Bauberufe	Anzahl	7 009	7 723	7 732	7 191	6 740	9 980	8 576	7 675	7 192
industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	37 562	41 323	41 585	40 368	39 661	48 891	46 978	44 498	43 480
* Arbeitslosenquote ¹⁾	%	7,6	8,0	7,9	7,7	7,7	9,1	8,8	8,4	8,2
* Frauen	%	7,6	7,5	7,5	7,3	7,4	8,1	8,0	7,6	7,6
* Männer	%	7,6	8,3	8,3	8,1	8,0	9,9	9,5	9,0	8,8
* Ausländer/-innen	%	15,7	17,1	17,2	16,6	16,4	19,2	18,5	17,5	17,0
* Jüngere unter 25 Jahren	%	7,3	7,9	7,9	7,2	7,8	8,7	8,1	7,3	7,2
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	3 296	7 897	9 787	7 859	7 488	11 078	9 810	9 951	10 017
* Gemeldete Stellen	Anzahl	32 008	31 083	38 080	36 550	34 205	31 184	32 322	30 625	28 791
darunter										
Bauberufe	Anzahl	654	579	620	713	667	551	538	533	487
industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	7 162	6 172	6 595	6 789	6 903	5 093	5 093	5 616	6 163
BAUTÄTIGKEIT (Baugenehmigungen)										
Baugenehmigungen für Wohngebäude										
		2001	2002				2003			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	757	802	836	828	753	1 296	958	802	770
* davon mit ...										
1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	718	768	791	798	714	1 250	903	774	726
3 und mehr Wohnungen ²⁾	Anzahl	40	35	45	30	39	46	55	28	44
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa-										
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	3	3	-	12	2	-	3	-	5
Unternehmen	Anzahl	102	96	109	139	93	90	122	111	108
private Haushalte	Anzahl	653	703	727	677	658	1 206	833	691	657
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 065	1 084	1 210	1 103	1 027	1 747	1 370	1 045	1 189
* Umbauter Raum	1 000 m³	768	783	868	807	750	1 279	995	750	801
* Wohnfläche	1 000 m²	137	141	156	144	132	226	176	137	143
Wohnräume	Anzahl	5 948	6 159	6 850	6 308	5 766	9 877	7 553	6 026	6 257
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	173	176	197	181	169	290	224	171	181
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	161	139	149	133	160	114	127	124	140
davon										
öffentl. Bauherren und Organisa-										
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	18	15	15	11	12	10	18	9	23
Unternehmen	Anzahl	137	116	119	110	140	100	104	113	111
private Haushalte	Anzahl	6	8	15	12	8	4	5	2	6
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	31	33	7	60	57	29	15	11	14
* Umbauter Raum	1 000 m³	1 051	778	1 014	784	765	645	567	1 112	705
* Nutzfläche	1 000 m²	148	119	141	130	136	83	98	152	103
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	95	82	88	84	86	64	79	92	64
Genehmigte Wohnungen (Wohn- u. Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau u. Baumaß-										
nahmen an bestehenden										
Gebäuden)	Anzahl	1 227	1 239	1 389	1 276	1 219	1 964	1 583	1 203	1 330
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	6 929	7 147	7 887	7 297	7 019	11 301	8 664	7 068	7 321

1) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 2) Einschließlich Wohnheime.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2001	2002				2003			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾ darunter	t	10 934	10 434	11 030	10 935	10 061	9 919	10 404	10 309	10 029
* Rinder (ohne Kälber)	t	2 678	2 801	3 083	2 778	2 502	2 754	2 720	2 748	2 477
* Kälber	t	25	22	37	18	18	13	17	29	14
* Schweine	t	8 099	7 511	7 779	8 034	7 405	6 960	7 596	7 378	7 443
* Eiererzeugung ²⁾	1 000	13 029	10 321	11 031	10 533	9 726	9 815	10 810	10 186	9 456
Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	t	62 436	62 988	64 620	64 473	68 809	59 287	67 344	65 829	70 323
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ³⁾										
* Betriebe	Anzahl	2 390	2 384	2 393	2 395	2 395	2 269	2 265	2 263	2 264
* Beschäftigte ⁴⁾	Anzahl	301 466	296 590	297 903	297 535	296 678	289 444	289 619	288 800	288 473
* darunter Arbeiter/-innen ⁵⁾	Anzahl	192 058	186 727	187 915	187 732	187 118	180 500	183 284	180 565	180 221
* Geleistete Arbeitsstunden ⁶⁾	1 000 h	36 563	36 547	36 832	36 449
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	900	892	829	863	967	815	831	874	967
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	472	464	429	448	484	415	423	444	464
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	429	429	401	415	483	399	409	431	503
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) davon	Mill. EUR	5 160	5 183	5 325	5 471	5 065	5 188	5 586	5 324	5 215
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁷⁾	Mill. EUR	.	2 748	2 888	2 913	2 653	2 821	3 088	2 862	2 790
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	.	1 362	1 353	1 471	1 353	1 344	1 452	1 407	1 385
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	.	116	120	115	108	120	121	105	99
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	.	956	963	973	951	903	926	950	941
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	1 550	1 590	1 731	1 696	1 501	1 729	1 940	1 700	1 661
Fahrzeugbau	Mill. EUR	717	710	700	814	698	743	784	744	754
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 176	2 263	2 313	2 438	2 199	2 402	2 620	2 470	2 372
Exportquote ⁸⁾	%	42,2	43,7	43,4	44,6	43,4	46,3	46,9	46,4	45,5
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	1995=100	105,0	108,0	108,0	114,9	107,5	108,3	114,7	108,8	103,9
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	1995=100	108,3	112,5	109,7	122,5	116,5	117,1	121,6	112,9	111,1
Investitionsgüterproduzenten	1995=100	104,6	106,4	106,6	107,2	100,7	102,1	111,4	110,4	100,7
Gebrauchsgüterproduzenten	1995=100	100,8	85,1	90,0	90,2	86,9	79,2	86,8	76,0	71,9
Verbrauchsgüterproduzenten	1995=100	89,1	93,9	107,9	102,6	83,4	85,7	94,7	91,3	82,8
darunter										
chemische Industrie	1995=100	99,2	107,6	100,5	119,9	113,7	111,8	117,5	106,0	103,0
Fahrzeugbau	1995=100	103,1	109,2	105,4	109,8	100,2	111,0	124,0	126,1	113,6
Energie- und Wasser- versorgung										
* Betriebe ³⁾	Anzahl	86	86	88	88	88	87	87	87	87
* Beschäftigte ^{3) 4)}	Anzahl	10 855	10 936	10 968	10 910	10 915	10 801	10 775	10 730	10 712
* Geleistete Arbeitsstunden ^{3) 6)}	1 000 h	1 381	1 373	1 360	1 352
* Bruttolohn- und -gehaltsumme ³⁾	Mill. EUR	33	34	31	34	33	36	32	35	32
Stromerzeugung in öffentlichen Energieversorgungsunter- nehmen ⁹⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	600	542	651	601	453
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	585	530	640	589	443

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Einschließlich der gewerblich Auszubildenden. – 6) Bis 2002 geleistete Arbeiterstunden, ab 2003 geleistete Arbeitsstunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger. – 7) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 8) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 9) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Baugewerbe	Einheit	2001	2002				2003			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März ^p	April ^p	Mai ^p
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tief- bau) ¹⁾										
* Beschäftigte ²⁾	Anzahl	44 678	42 573	42 570	42 923	43 044	38 417	38 820	39 208	39 452
* Geleistete Arbeitsstunden davon	1 000 h	4 494	4 142	4 200	4 803	4 348	2 635	3 708	4 236	4 149
* Wohnungsbau	1 000 h	1 805	1 579	1 594	1 830	1 656	998	1 356	1 558	1 562
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	1 154	1 083	1 141	1 244	1 110	799	1 012	1 057	1 060
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 535	1 480	1 465	1 729	1 582	838	1 340	1 621	1 527
darunter Straßenbau	1 000 h	695	676	668	793	722	308	605	743	702
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	98	95	85	98	98	69	82	94	91
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	74	71	63	75	75	48	60	71	69
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	24	24	22	24	23	21	22	23	22
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	352	344	273	349	333	200	260	322	337
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	110	107	90	109	115	72	89	116	118
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	103	101	87	105	86	56	78	84	91
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	140	136	96	135	133	71	92	123	128
darunter Straßenbau	Mill. EUR	63	62	39	65	61	20	30	45	53
Ausbaugewerbe/ Bauinstallation und sons- tiges Ausbaugewerbe ^{4) 5)}										
		2001	2002	2001		2002			2003	
		Durchschnitt		3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal
Betriebe ⁶⁾	Anzahl	394	386	393	392	388	390	386	378	369
* Beschäftigte ^{2) 6)}	Anzahl	13 850	13 214	13 869	13 707	13 411	13 228	13 395	12 822	12 143
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 194	3 923	4 262	4 176	3 866	3 971	4 017	3 836	3 536
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	89	87	87	97	83	86	87	92	75
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	63	61	62	69	58	60	62	64	53
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	26	26	25	28	24	26	25	27	22
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	290	281	284	377	229	269	289	336	198
HANDEL										
		2001	2002				2003			
Großhandel ^{p 7)}		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Beschäftigte	2000=100	97,4	92,6	93,7	93,7	94,5	88,4	88,7	89,1	90,1
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	100,5	97,3	101,9	100,4	102,3	90,5	90,8	92,7	96,3
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	99,6	94,2	94,4	98,0	94,7	85,9	95,1	101,1	95,8
* Umsatz real ⁸⁾	2000=100	98,5	93,2	92,1	95,6	92,0	83,7	91,9	98,3	93,6
Einzelhandel ^{p 9)}										
* Beschäftigte	2000=100	102,1	101,4	100,4	101,0	101,2	100,5	99,8	100,1	100,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	101,9	103,8	101,5	102,4	103,4	103,6	103,3	103,5	103,9
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	102,3	100,5	96,3	100,2	101,9	88,7	99,3	103,3	101,0
* Umsatz real ⁸⁾	2000=100	100,7	99,0	94,2	97,9	99,8	87,1	97,1	101,4	99,4
Kfz-Handel u. Tankstellen ^{p 10)}										
* Beschäftigte	2000=100	99,0	101,5	99,8	100,1	100,2	101,0	101,2	101,6	102,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	100,8	104,8	103,7	104,4	103,0	100,3	103,4	103,7	108,4
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	101,0	102,1	95,8	117,3	109,1	91,6	107,4	111,7	106,1
* Umsatz real ⁸⁾	2000=100	99,3	100,6	94,4	115,7	107,8	89,9	105,4	109,6	104,0
GASTGEWERBE ^p										
* Beschäftigte	2000=100	100,6	99,9	95,4	98,7	101,8	95,5	96,3	99,5	101,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	99,8	100,5	94,3	99,3	102,7	97,3	98,0	101,4	103,3
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	102,7	100,0	84,0	94,2	102,1	80,3	87,1	93,5	106,1
* Umsatz real ⁸⁾	2000=100	101,0	95,0	81,0	90,5	97,1	76,6	83,1	89,3	101,3

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 5) Einschließlich Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal. – 6) Am Ende des Berichtsjahres. – 7) Einschließlich Handelsvermittlung. – 8) Ohne Umsatzsteuer. – 9) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. – 10) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

TOURISMUS ¹⁾	Einheit	2001		2002			2003				
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
		515	512	406	478	627	295	404	503	647	
		1 000	104	103	72	95	121	65	77	104	122
		1 000	1 535	1 499	1 166	1 327	1 774	832	1 138	1 476	1 785
		1 000	299	299	183	243	335	177	212	281	333
VERKEHR											
Straßenverkehrsunfälle											
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	10 535	10 279	9 175	9 548	10 288	10 350	8 880	9 323	9 839	
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 558	1 548	1 278	1 382	1 546	1 204	1 040	1 373	1 533	
* Getötete Personen	Anzahl	26	30	18	38	27	24	19	24	37	
darunter											
Pkw-Insassen	Anzahl	15	18	13	21	15	11	8	10	21	
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	5	6	2	7	6	3	2	6	9	
Radfahrer	Anzahl	1	2	-	3	2	4	1	1	4	
Fußgänger	Anzahl	3	4	3	6	3	5	6	3	1	
* Verletzte Personen	Anzahl	2 075	2 043	1 691	1 783	2 096	1 574	1 372	1 853	2 061	
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	424	406	309	345	424	272	251	345	404	
darunter											
Pkw-Insassen	Anzahl	229	202	186	181	222	162	171	190	190	
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	88	90	36	84	102	19	26	71	108	
Radfahrer	Anzahl	45	49	22	34	40	17	13	40	54	
Fußgänger	Anzahl	44	44	43	26	36	60	33	35	34	
Kraftfahrzeuge											
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	16 807	15 836	13 153	19 341	19 506	12 396	12 818	19 846	16 597	
darunter											
Krafträder	Anzahl	975	889	843	1 975	1 721	252	608	2 009	1 829	
* Personenkraftwagen ³⁾	Anzahl	14 525	13 776	11 328	16 099	16 415	11 173	10 755	16 589	13 482	
* Lastkraftwagen	Anzahl	917	803	672	742	918	706	567	770	727	
Zugmaschinen	Anzahl	200	197	172	270	235	175	152	282	241	
Öffentlicher Straßenpersonenverkehr											
Beförderte Personen darunter im allgemeinen Linienverkehr Personenkilometer ⁴⁾		2001	2002	2001		2002			2003		
		Durchschnitt		3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	
	1 000	70 711	71 518	63 562	74 166	75 930	72 587	64 244	73 310	74 573	
	1 000 Mill.	66 331 1 045	67 500 1 004	59 366 1 110	69 710 1 089	72 345 878	68 273 1 026	60 305 1 040	69 075 1 073	70 896 870	
Binnenschifffahrt											
* Gütereingang * Güterversand		2001	2002				2003				
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
	1 000 t 1 000 t	1 278 806	1 239 785	1 182 669	1 256 781	1 306 893	1 111 656	1 103 792	1 166 841	1 248 848	
AUSSENHANDEL ⁵⁾											
Ausfuhr (Spezialhandel)											
* Insgesamt darunter	Mill. EUR	2 137	2 128	2 015	2 095	2 264	2 364	2 329	2 247	2 370	
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	135	142	165	153	91	159	152	147	150	
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	2 003	1 986	1 851	1 942	2 173	2 094	2 063	1 985	2 103	
* Rohstoffe	Mill. EUR	16	16	15	13	16	16	17	18	23	
* Halbwaren	Mill. EUR	83	72	91	67	76	79	78	88	73	
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 904	1 898	1 744	1 862	2 081	1 999	1 968	1 879	2 007	
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	599	597	575	599	622	722	618	619	653	
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 305	1 301	1 169	1 263	1 458	1 277	1 351	1 260	1 354	

1) Betriebe ab 9 Betten. – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. – 3) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. – 4) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 5) Bei der Summation bzw. Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse ist darauf zu achten, dass die Einfuhr nach dem Konzept des Generalhandels und die Ausfuhr nach dem Konzept des Spezialhandels abgegrenzt wird.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

noch AUSSENHANDEL ¹⁾ Ausfuhr (Spezialhandel)	Einheit	2001	2002			2003				
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	1 549	1 561	1 504	1 516	1 667	1 689	1 757	1 729	1 800
* darunter in EU-Länder	Mill. EUR	1 238	1 246	1 189	1 211	1 152	1 375	1 412	1 433	1 466
Belgien	Mill. EUR	140	134	111	140	150	140	142	141	154
Luxemburg	Mill. EUR	26	24	22	18	29	18	24	26	22
Dänemark	Mill. EUR	31	31	34	31	38	31	33	30	33
Finnland	Mill. EUR	16	16	13	14	18	16	19	22	20
Frankreich	Mill. EUR	292	282	273	286	293	301	327	315	333
Griechenland	Mill. EUR	19	22	25	19	22	27	20	25	25
Großbritannien	Mill. EUR	152	167	149	145	174	194	186	181	211
Irland	Mill. EUR	10	9	12	13	9	13	12	10	11
Italien	Mill. EUR	167	176	175	177	179	195	193	212	190
Niederlande	Mill. EUR	118	121	99	110	148	124	145	147	147
Österreich	Mill. EUR	94	87	81	88	98	98	96	106	102
Schweden	Mill. EUR	34	33	31	35	35	37	40	40	40
Spanien	Mill. EUR	119	126	143	115	120	156	155	154	162
Portugal	Mill. EUR	20	18	19	22	18	24	21	23	19
* Afrika	Mill. EUR	49	47	39	50	43	54	50	43	61
* Amerika	Mill. EUR	249	241	238	252	238	303	226	233	230
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	179	180	183	184	174	235	169	181	174
* Asien	Mill. EUR	274	260	220	258	300	296	275	226	257
darunter nach Japan	Mill. EUR	53	44	39	37	41	68	42	44	54
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	16	18	14	18	16	21	21	17	22
Einfuhr (Generalhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	1 480	1 390	1 303	1 313	1 456	1 583	1 503	1 669	1 621
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	136	137	129	147	139	149	137	148	151
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 345	1 253	1 173	1 166	1 317	1 298	1 235	1 371	1 330
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	34	36	21	30	45	19	19	17	19
* Halbwaren	Mill. EUR	197	171	161	173	170	162	170	194	175
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 113	1 047	991	962	1 101	1 117	1 046	1 161	1 136
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	285	264	259	244	272	275	263	291	279
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	828	783	732	718	830	841	783	870	857
davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 132	1 085	1 014	1 012	1 139	1 191	1 200	1 346	1 283
* darunter aus EU-Ländern	Mill. EUR	923	864	818	801	745	977	993	1 129	1 059
Belgien	Mill. EUR	146	138	118	105	134	177	161	199	209
Luxemburg	Mill. EUR	24	21	13	16	17	21	27	25	20
Dänemark	Mill. EUR	36	31	28	10	50	35	38	32	31
Finnland	Mill. EUR	6	5	4	3	5	6	5	5	4
Frankreich	Mill. EUR	192	196	199	187	190	209	270	238	232
Griechenland	Mill. EUR	3	3	2	2	1	2	2	5	4
Großbritannien	Mill. EUR	75	65	63	59	61	65	62	82	72
Irland	Mill. EUR	11	11	6	10	8	28	14	14	21
Italien	Mill. EUR	99	95	93	95	96	109	91	130	113
Niederlande	Mill. EUR	179	158	173	160	171	182	181	209	177
Österreich	Mill. EUR	46	43	45	49	52	42	45	61	41
Schweden	Mill. EUR	26	26	14	24	34	21	19	35	57
Spanien	Mill. EUR	62	57	51	54	59	74	69	80	65
Portugal	Mill. EUR	19	15	9	27	19	8	9	14	13
* Afrika	Mill. EUR	34	29	25	45	30	29	30	31	36
* Amerika	Mill. EUR	152	125	120	122	139	196	129	146	150
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	125	105	103	108	120	162	108	117	113
* Asien	Mill. EUR	157	147	141	132	145	163	140	143	147
darunter aus Japan	Mill. EUR	32	30	27	25	28	31	31	32	37
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	4	4	2	3	3	5	4	4	5
GEWERBEANZEIGEN ²⁾										
		2001	2002			2003				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 106	3 065	3 292	3 227	2 800
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 626	2 630	2 581	2 645	2 276

1) Bei der Summation bzw. Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse ist darauf zu achten, dass die Einfuhr nach dem Konzept des Generalhandels und die Ausfuhr nach dem Konzept des Spezialhandels abgegrenzt wird. – 2) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

INSOLVENZEN	Einheit	2001	2002				2003			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	184	344	336	337	311	383	368	449	392
davon										
* Unternehmen	Anzahl	107	125	148	146	136	112	120	153	133
* Verbraucher	Anzahl	62	106	91	96	84	129	131	166	165
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	.	74	31	56	58	125	95	108	79
* sonstige natürliche Personen, ¹⁾										
Nachlässe	Anzahl	15	39	66	39	33	17	22	22	15
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	69	133	133	233	101	139	105	84	164
HANDWERK ²⁾		2001	2002	2001			2002			2003
		Durchschnitt		3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal
* Beschäftigte ³⁾	1998=100	90,6	87,3	90,9	89,7	87,8	86,7	87,3	85,3	80,4
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	1998=100	102,3	93,6	102,5	112,0	86,7	97,0	93,6	97,2	76,0
PREISE		2001	2002			2003				
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Verbraucherpreisindex	2000=100	101,9	103,4	103,5	103,4	103,7	104,2	103,9	104,3	104,5
VERDIENSTE ⁴⁾		2001 ^r	2002	2001 ^r	2002			2003		
		Durchschnitt		Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.	April
* Bruttomonatsverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	2 415	2 465	2 425	2 359	2 459	2 484	2 500	2 447	2 535
* Männer	EUR	2 487	2 537	2 497	2 424	2 532	2 555	2 574	2 514	2 608
* Frauen	EUR	1 821	1 853	1 823	1 824	1 839	1 870	1 861	1 880	1 893
* Bruttostundenverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe										
Gewerbe	EUR	14,60	15,00	14,65	14,79	14,89	15,05	15,13	15,29	15,34
* Männer	EUR	15,01	15,41	15,05	15,23	15,29	15,45	15,53	15,73	15,74
darunter										
Facharbeiter	EUR	16,12	16,51	16,18	16,35	16,35	16,56	16,64	16,93	16,94
angelernte Arbeiter	EUR	14,41	14,73	14,44	14,55	14,63	14,80	14,82	14,96	15,02
Hilfsarbeiter	EUR	12,13	12,48	12,12	12,25	12,42	12,54	12,58	12,50	12,58
* Frauen	EUR	11,23	11,48	11,27	11,26	11,39	11,54	11,57	11,64	11,67
darunter Hilfsarbeiterinnen	EUR	10,55	10,66	10,53	10,48	10,57	10,72	10,73	10,83	10,86
Bezahlte Wochenarbeitszeit	h	38,0	37,8	38,1	36,7	38,0	38,0	38,0	36,8	38,0
Arbeiter	h	38,1	37,9	38,2	36,6	38,1	38,1	38,1	36,8	38,1
Arbeiterinnen	h	37,3	37,2	37,2	37,3	37,1	37,3	37,0	37,2	37,3
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten im produzierenden Gewerbe	EUR	3 475	3 572	3 487	3 512	3 549	3 586	3 601	3 625	3 640
* Männer	EUR	3 751	3 849	3 764	3 788	3 827	3 864	3 877	3 895	3 912
* Frauen	EUR	2 684	2 776	2 699	2 719	2 752	2 787	2 806	2 837	2 843
* kaufmännische Angestellte	EUR	3 181	3 284	3 197	3 229	3 264	3 291	3 315	3 358	3 359
Männer	EUR	3 660	3 779	3 680	3 728	3 767	3 783	3 806	3 858	3 854
Frauen	EUR	2 628	2 712	2 643	2 660	2 690	2 723	2 741	2 774	2 780
* technische Angestellte	EUR	3 708	3 798	3 717	3 732	3 772	3 817	3 826	3 831	3 856
Männer	EUR	3 794	3 882	3 803	3 816	3 855	3 902	3 910	3 912	3 939
Frauen	EUR	2 894	3 014	2 909	2 943	2 988	3 027	3 050	3 071	3 076
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	2 592	2 687	2 617	2 675	2 656	2 698	2 702	2 718	2 734
* Männer	EUR	2 882	2 982	2 907	2 976	2 949	2 993	2 996	2 996	3 021
* Frauen	EUR	2 232	2 303	2 255	2 292	2 279	2 310	2 319	2 350	2 343
* kaufmännische Angestellte	EUR	2 603	2 700	2 630	2 690	2 674	2 709	2 713	2 727	2 741
Männer	EUR	2 952	3 060	2 981	3 054	3 038	3 070	3 069	3 061	3 081
Frauen	EUR	2 239	2 308	2 262	2 300	2 283	2 313	2 323	2 356	2 350
* Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im produzierenden Gewerbe; in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	3 030	3 140	3 052	3 100	3 112	3 152	3 165	3 185	3 208

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u.Ä. sowie Spesenersatz, Trennungsentschädigungen, Auslösungen usw.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

GELD UND KREDIT ¹⁾	Einheit	2001	2002	2001		2002				2003
		Durchschnitt		30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	109 195	112 680	109 861	111 294	111 559	112 021	113 379	113 760	115 671
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	14 273	13 677	14 238	14 374	13 955	13 606	13 620	13 528	15 970
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	10 565	10 931	10 501	10 839	11 135	10 828	10 887	10 873	10 601
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	84 358	88 072	85 122	86 081	86 469	87 587	88 872	89 359	89 100
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	102 591	106 124	103 559	104 365	104 767	105 554	106 865	107 311	109 284
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	90 728	93 391	91 278	91 765	91 869	92 932	94 218	94 544	93 830
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	11 863	12 734	12 281	12 600	12 898	12 622	12 647	12 767	15 454
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	6 604	6 556	6 302	6 929	6 792	6 467	6 514	6 449	6 387
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	77 100	80 199	76 977	80 242	79 143	79 554	79 752	82 347	82 328
Sichteinlagen	Mill. EUR	17 886	20 241	18 188	19 788	19 459	19 838	20 186	21 481	21 523
Termineinlagen	Mill. EUR	23 500	24 329	23 514	24 188	23 786	24 253	24 306	24 970	25 136
Sparbriefe	Mill. EUR	5 568	5 581	5 648	5 587	5 526	5 578	5 564	5 654	5 373
Spareinlagen	Mill. EUR	30 146	30 049	29 627	30 679	30 372	29 885	29 696	30 242	30 296
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	73 842	77 570	73 688	76 910	76 549	76 880	77 115	79 736	79 774
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	71 627	75 384	71 504	74 704	74 476	74 564	74 968	77 529	77 756
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	2 215	2 186	2 184	2 206	2 073	2 316	2 147	2 207	2 018
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	3 258	2 629	3 289	3 332	2 594	2 674	2 637	2 611	2 554
STEUERN		2001	2002	2002		2003				
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 176	2 053	1 712	2 040	2 260	1 620	1 744	2 143	2 465
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	770	712	391	668	1 035	333	429	796	1 156
Lohnsteuer	Mill. EUR	609	615	440	805	504	430	454	772	555
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	Mill. EUR	119	120	-	340	-	-	-	327	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	20	16	- 78	- 61	191	- 281	- 98	- 65	224
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	71	46	27	20	173	16	30	22	195
Zinsabschlag	Mill. EUR	33	25	11	37	9	8	10	6	8
Einnahmen aus der Zinsabschlagserlegung	Mill. EUR	12	5	-	28	-	-	-	- 3	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	38	11	- 9	- 134	158	160	32	61	174
Einnahmen aus der Körperschaftsteuer- erlegung	Mill. EUR	1	- 30	-	- 59	-	-	-	44	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 406	1 340	1 321	1 372	1 225	1 287	1 316	1 347	1 309
Umsatzsteuer	Mill. EUR	368	369	309	394	358	286	339	334	339
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 038	971	1 012	979	866	1 001	977	1 013	971
Zölle	Mill. EUR	104	92	95	85	79	92	87	94	87
Bundessteuern	Mill. EUR	137	111	86	72	153	124	80	89	129
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	95	70	60	47	91	76	50	59	64
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	35	33	19	18	55	40	23	21	60

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

noch STEUERN	Einheit	2001	2002				2003			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Landessteuern	Mill. EUR	74	74	77	81	79	95	76	75	84
Vermögensteuer	Mill. EUR	1	1	1	1	1	8	1	1	1
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	12	9	9	12	8	13	11	8	19
Grunderwerbsteuer ¹⁾	Mill. EUR	7	13	7	15	17	19	13	15	15
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	37	34	42	38	34	37	37	36	34
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	11	12	15	11	13	11	12	11	8
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	1	1	- 0	0	4	3	0	1	3
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	3	3	4	3	3	4	4
		2001	2002	2001		2002				2003
		Durchschnitt		3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal
Gemeindesteuern	Mill. EUR	373	366	432	366	341	364	395	364	303
Grundsteuer A	Mill. EUR	4	4	5	4	4	5	5	4	4
Grundsteuer B	Mill. EUR	92	95	102	83	88	102	104	86	89
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	238	248	287	238	218	234	274	267	201
Grunderwerbsteuer										
(Gemeindeanteil) ²⁾	Mill. EUR	30	10	30	35	23	12	3	1	1
sonstige Gemeindesteuern	Mill. EUR	8	8	8	6	7	11	8	6	7
Steuerverteilung										
Steuereinnahmen der Ge- meinden u. Gemeindeverb.	Mill. EUR	583	574	630	683	485	553	595	664	414
Gewerbesteuer (netto) ³⁾	Mill. EUR	177	185	228	135	191	170	225	155	154
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	241	242	227	379	155	227	220	367	145
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	29	29	30	42	17	27	30	45	13
		2001	2002				2003			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	573	560	416	527	744	439	459	566	796
Landessteuern	Mill. EUR	74	74	77	81	79	95	76	75	84
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	281	252	116	221	409	102	135	292	463
Lohnsteuer	Mill. EUR	214	211	137	292	164	133	143	278	186
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	8	7	- 33	- 26	81	- 120	- 41	- 28	95
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	30	19	12	6	81	5	14	8	92
Zinsabschlag	Mill. EUR	14	11	5	16	4	4	4	2	3
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	15	4	- 5	- 68	79	80	16	31	87
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	203	219	183	224	256	242	209	194	249
Umsatzsteuer	Mill. EUR	137	157	120	155	188	171	138	136	175
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	65	62	63	69	68	70	71	58	74
Anteil an der Gewerbe- steuerumlage	Mill. EUR	5	6	16	0	0	0	18	2	0
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	1	4	0	0	0	3	0	0
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	7	6	16	0	0	0	14	2	0
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	1	1	3	0	0	0	3	0	0
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 196	1 103	940	1 042	1 237'	932	950	1 118	1 310
Bundessteuern	Mill. EUR	137	111	86	72	153	124	80	89	129
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	336	307	168	276	465	155	187	344	519
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	717	678	670	694	619'	653	666	682	663
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	5	6	16	0	0	0	18	2	0

1) Bis 2001 nur der Landesanteil. – 2) Ab 2002 Restabwicklung. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

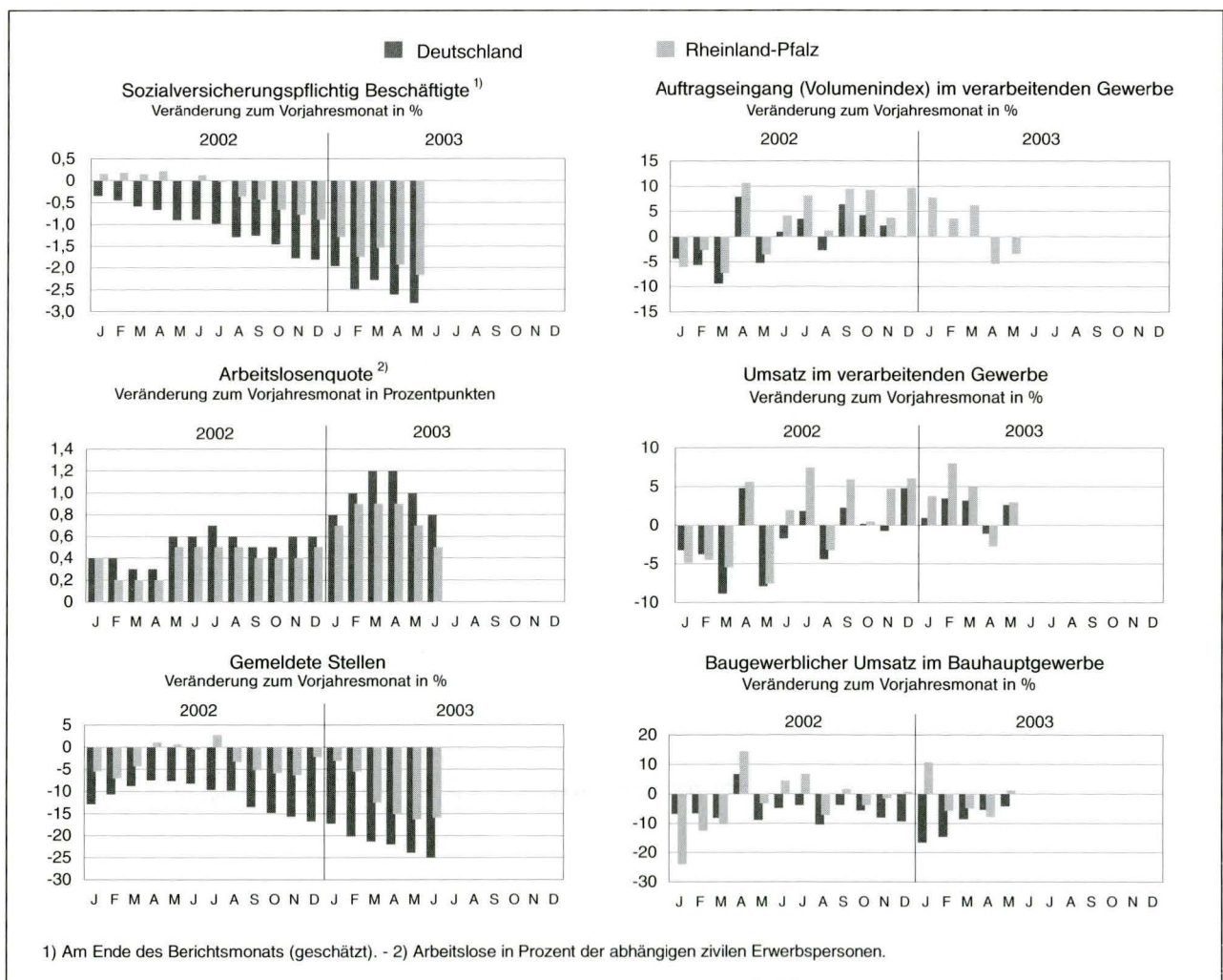
Daten zur Konjunktur Deutschland / Rheinland-Pfalz

Beschäftigte ¹⁾	Land	Einheit	April 03	Veränderung in % zum		Mai 03	Veränderung in % zum	
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ^D am Arbeitsort ²⁾	D	1 000	26 901	- 0,1	- 2,6	26 869	- 0,1	- 2,8
	RLP	1 000	1 175	- 0,0	- 1,9	1 174	- 0,1	- 2,2
darunter								
verarbeitendes Gewerbe	D	1 000	6 936	- 0,4	- 3,4	6 921	- 0,2	- 3,4
	RLP	1 000	328	- 0,3	- 3,1	327	- 0,2	- 3,1
Handel, Verkehr, Dienstleistungen	D	1 000	17 564	- 0,2	- 1,6	17 522	- 0,2	- 2,0
	RLP	1 000	741	- 0,1	- 0,8	740	- 0,2	- 1,2
Arbeitsmarkt ¹⁾			Mai 03	Veränderung in %¹⁾ zum		Juni 03	Veränderung in %¹⁾ zum	
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
*) bei Arbeitslosenquoten Veränderung in Prozentpunkten								
Arbeitslose	D	Anzahl	4 342 383	-3,4	10,0	4 257 425	-2,0	7,7
	RLP	Anzahl	151 652	-4,7	9,1	149 113	-1,7	7,2
Arbeitslosenquote ³⁾	D	%	10,4	-0,4	0,9	10,2	-0,2	0,7
	RLP	%	7,5	-0,4	0,6	7,4	-0,1	0,5
Arbeitslosenquote ⁴⁾	D	%	11,5	-0,5	1,0	11,3	-0,2	0,8
	RLP	%	8,4	-0,4	0,7	8,2	-0,2	0,5
Jüngere unter 25 Jahre	D	%	9,3	-0,8	0,6	9,1	-0,2	-0,4
	RLP	%	7,3	-0,8	0,1	7,2	-0,1	-0,6
Gemeldete Stellen	D	Anzahl	393 452	-6,1	-23,8	373 237	-5,1	-25,0
	RLP	Anzahl	30 625	-5,3	-16,2	28 791	-6,0	-15,8
Baugenehmigungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)			April 03	Veränderung in % zum		Mai 03	Veränderung in % zum	
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
Gebäude (Neubau)	D	Anzahl	17 544	- 12,6	0,7	16 419	- 6,4	- 0,4
	RLP	Anzahl	926	- 14,7	- 3,6	910	- 1,7	- 0,3
Wohnungen (Neubau und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	D	Anzahl	24 889	- 10,2	- 0,8	23 031	- 7,5	- 0,9
	RLP	Anzahl	1 203	- 24,0	- 5,7	1 330	10,6	9,1
Verarbeitendes Gewerbe ⁵⁾								
Beschäftigte	D	1 000	6 143	- 0,2	- 1,2	6 135	- 0,1	- 1,1
	RLP	1 000	289	- 0,3	- 2,9	288	- 0,1	- 2,8
Geleistete Arbeitsstunden ⁶⁾	D	1 000	786 480	- 2,1	.	775 396	- 1,4	.
	RLP	1 000	36 832	0,8	.	36 449	- 1,0	.
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	D	Mill. EUR	112 766	- 2,5	- 1,0	109 480	- 2,9	2,6
	RLP	Mill. EUR	5 324	- 4,7	- 2,7	5 215	- 2,0	3,0
Auftragseingang (Volumenindex)	D	1995=100
	RLP	1995=100	108,8	- 5,1	- 5,3	103,9	- 4,5	- 3,3
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tiefbau)								
Beschäftigte	D	1 000	795	2,1	- 11,4	801	0,8	- 10,8
	RLP	1 000	39	1,0	- 8,7	39	0,6	- 8,3
Geleistete Arbeitsstunden	D	1 000	84 159	14,7	- 13,3	83 617	- 0,6	- 6,8
	RLP	1 000	4 236	14,2	- 11,8	4 149	- 2,1	- 4,6
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	D	Mill. EUR	6 665	22,2	- 5,3	6 808	2,1	- 4,1
	RLP	Mill. EUR	322	23,8	- 7,7	337	4,7	1,2
Handel und Gastgewerbe ⁶⁾								
Einzelhandel (ohne Kfz-Handel und Tankstellen)								
Beschäftigte	D	2000=100	96,8	0,2	- 2,4	96,5	- 0,3	- 2,6
	RLP	2000=100	100,1	0,3	- 0,9	100,4	0,3	- 0,8
Umsatz nominal (ohne Umsatzsteuer)	D	2000=100	102,8	3,2	1,8	99,4	- 3,3	- 0,7
	RLP	2000=100	103,3	4,0	3,1	101,0	- 2,2	- 0,9

1) Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. – 2) Am Ende des Berichtsmonats (geschätzt). – 3) Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 4) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 5) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 6) Ab Januar 2003 werden anstelle der geleisteten Arbeiterstunden, die geleisteten Arbeitsstunden erhoben. Eine Rückrechnung zur Gewinnung von Vergleichswerten ist nicht möglich.

Daten zur Konjunktur Deutschland / Rheinland-Pfalz

noch Handel und Gastgewerbe ^{p)}	Land	Einheit	April 03	Veränderung in % zum		Mai 03	Veränderung in % zum	
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
Großhandel (ohne Kfz-Handel)								
Beschäftigte	D	2000=100	91,6	0,0	- 2,8	91,4	- 0,2	- 2,9
	RLP	2000=100	89,1	0,5	- 4,9	90,1	1,1	- 4,7
Umsatz nominal (ohne Umsatzsteuer)	D	2000=100	96,5	- 0,8	- 0,8	94,0	- 2,6	0,0
	RLP	2000=100	101,1	6,3	3,2	95,8	- 5,2	1,2
Gastgewerbe								
Beschäftigte	D	2000=100	95,3	3,0	- 4,3	97,8	2,6	- 3,2
	RLP	2000=100	99,5	3,3	0,8	101,5	2,0	- 0,3
Umsatz nominal (ohne Umsatzsteuer)	D	2000=100	88,8	0,3	- 8,0	101,7	14,5	- 3,2
	RLP	2000=100	93,5	7,3	- 0,7	106,1	13,5	3,9
Preise								
Verbraucherpreisindex	D	2000=100	Mai 03	Veränderung in % zum		Juni 03	Veränderung in % zum	
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
	D	2000=100	104,1	- 0,2	0,7	104,4	0,3	1,0
	RLP	2000=100	103,9	- 0,3	0,4	104,3	0,4	0,9
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen								
Gewerbeanmeldungen	D	Anzahl	März 03	Veränderung in % zum		April 03	Veränderung in % zum	
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
	D	Anzahl
	RLP	Anzahl
Gewerbeabmeldungen	D	Anzahl
	RLP	Anzahl
Unternehmensinsolvenzen	D	Anzahl	3 396	9,3	6,2	3 610	6,3	8,0
	RLP	Anzahl	120	7,1	- 18,9	153	27,5	4,8



Neuerscheinungen im Juli

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerungsvorgänge im Jahr 2000
(Gebietsstand 31. Dezember 2000)
BestellNr.: A1023 200000

Bevölkerung der Gemeinden am 30. Juni 2002
BestellNr.: A1033 200221 (der statistische Bericht ist auch als CD erhältlich – BestellNr.: A1033C)

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Rheinland-Pfalz am 30. September 2002 (vorläufige Ergebnisse)
BestellNr.: A6013 200243

Bildung, Rechtspflege, Wahlen

Allgemein bildende Schulen im Schuljahr 2002/2003
Teil I: Schulen, Klassen, Schülerinnen und Schüler,
Schulabgängerinnen und Schulabgänger
BestellNr.: B1013 200200

Ausländische Schülerinnen, Schüler und Schulabgänger im
Schuljahr 2002/03
BestellNr.: B1043 200200

Mainzer Studienstufe im Schuljahr 2002/2003
BestellNr.: B1083 200200

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Ernteberichterstattung über Gemüse und Obst im Juni 2003
BestellNr.: C2033 200302

Milcherzeugung und -verwendung, Schlachtungen,
Legehennenhaltung und Eierzeugung Januar-März 2003
BestellNr.: C3053 200341

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden im Mai 2003
BestellNr.: E1023 200305

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende Gewerbe im
Mai 2003
BestellNr.: E1033 200305

Produktion des verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus
und der Gewinnung von Steinen und Erden 2002
BestellNr.: E1053 200200

Industrielle Kleinbetriebe im verarbeitenden Gewerbe sowie im
Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden 2002
BestellNr.: E1073 200200

Bauhauptgewerbe im Mai 2003 (Vorbereitende Baustellen-
arbeiten, Hoch- und Tiefbau)
BestellNr.: E2023 200305

Umsatz und Beschäftigte im Handwerk im 1. Vierteljahr 2003
BestellNr.: E5023 200341

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Mai 2003
BestellNr.: F2033 200305

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel und im Gast-
gewerbe 2002
BestellNr.: G1013 200200

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel und im Gastgewerbe
im Mai 2003
BestellNr.: G1023 200305

Aus- und Einfuhr im März 2003
BestellNr.: G3023 200303

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr im April 2003
BestellNr.: G4023 200304

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im April 2003
BestellNr.: H1023 200304

Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen im
Jahre 2002
BestellNr.: H1063 200200

Binnenschifffahrt im April 2003
BestellNr.: H2023 200304

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Gemeindefinanzen im 1. Vierteljahr 2003
BestellNr.: L2023 200341

Schulden des Landes und der kommunalen Körperschaften am
31. Dezember 2002
BestellNr.: L3013 200200

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und Deutschland im
Juni 2003
BestellNr.: M1013 200306

Preisindizes für Bauwerke in Deutschland im Mai 2003
BestellNr.: M1043 200342

Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke 2002
BestellNr.: M1073 200200

Löhne und Gehälter, Arbeitskosten

Verdienste und Arbeitszeiten im produzierenden Gewerbe,
Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe im Januar 2003
BestellNr.: N1013 200341

Bruttojahresverdienste im produzierenden Gewerbe, Handel,
Kredit- und Versicherungsgewerbe 2002
BestellNr.: N1043 200200

Gesamtrechnungen

Entstehung, Verteilung und Verwendung des Bruttoinlands-
produkts 1991 bis 2002 – Ergebnisse nach ESG 1995
BestellNr.: P1013 200200

Umwelt

Öffentliche Abwasserbeseitigung 2001
BestellNr.: Q1033 200101

Besonders überwachungsbedürftige Abfälle 2000
BestellNr.: Q2113 200000

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Mai 2003
BestellNr.: Z1013 200305

Sonstige Veröffentlichungen

Amtliches Verzeichnis der Verbandsgemeinden und Gemeinden
in alphabetischer Reihenfolge (Stand: 1. Januar 2003)
BestellNr.: A5014 200301

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen
Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad
Ems, bestellt werden.

Telefon: 02603 71-2450
Telefax: 02603 71-3150
E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de des Statisti-
schen Landesamtes sind die Veröffentlichungen der letzten
acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis
aller Veröffentlichungen abrufbar.

Diskussion um Eigenheimzulage löst Boom an Bauanträgen aus

Die Diskussion um Kürzungen bei der Eigenheimzulage hat in Rheinland-Pfalz im ersten Halbjahr zu einem wahren Baugenehmigungs-Boom geführt. Gut 6 500 Wohngebäude wurden zum Bau freigegeben, 34% mehr als im Jahr zuvor. In diesen Häusern sollen rund 8 700 Wohnungen entstehen, das sind 30% mehr als im ersten Halbjahr 2002.

Viele potenzielle Häuslebauer zogen ihre Vorhaben offensichtlich vor oder forcierten die Planung, um noch in den Genuss der vollen Förderung zu kommen. Bereits im Dezember vergangenen Jahres hatte es eine deutliche Zunahme der Baugenehmigungen gegeben, im Januar und im Februar sind die Zahlen dann förmlich in die Höhe geschnellt. Offensichtlich hatten viele Bauwillige nicht rechtzeitig die Voraussetzungen für die Antragstellung unter Dach und Fach bringen können. Ursprünglich sollte die Eigenheimförderung nämlich bereits zum 1. Januar gekürzt werden und das alte Recht nur noch für Bauherren gelten, deren Anträge im Jahr 2002 bewilligt wurden. Das so genannte „Steuervergünstigungsabbaugesetz“ scheiterte jedoch im Bundesrat, und so blieb bei der Eigenheimförderung zunächst alles beim Alten. Die Zahl der Baugenehmigungen sank denn auch von März an deutlich, lag aber bis Mai immer noch höher als in den jeweiligen Vorjahresmonaten. Im Juni wurden jedoch nur noch knapp 650 Wohngebäude genehmigt, das waren rund 160 weniger als im Juni vergangenen Jahres.

Die Struktur der geplanten Wohngebäude macht deutlich, dass der Antragsboom vor allem von Eigenheimbauherren ausgeht. 80% sind Einfamilienhäuser, 16% der geplanten Gebäude sollen zwei Wohnungen haben. Gebaut werden sollen die neuen Häuser überwiegend in den Landkreisen. 91% der Bauanträge gingen bei den Bauämtern in den Kreisen ein.

Trockenheit treibt Landwirten Sorgenfalten auf die Stirn

Des einen Freud', des andern Leid: Das aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger „herrliche“ Wetter im Juni trieb so manchem Produzenten heimischer Nahrungsmittel die Sorgenfalten auf die Stirn. In weiten Teilen des Landes, vornehmlich südlich des Hunsrücks, geriet der „Landregen“ zum seltenen Ereignis. Während im Norden kräftige Gewitter das Niederschlagssoll in etwa erfüllten, trockneten die Böden im Süden immer mehr aus. Nur rund ein Drittel der sonst im Juni üblichen Regenmenge von 60 l/m² fiel beispielsweise in den rheinhesischen Ackerbaugebieten. Entsprechend negativ fiel das Urteil der ehrenamtlichen Ernsterichterstatte aus: Die anhaltende Trockenheit wurde in erheblichem Umfang als Ursache für zu erwartende Ertragsminderungen angeführt.

Im Unterschied zum Vorjahr scheint die Witterung in der Vorerntephase diesmal voll auf die Erträge durchzuschlagen, da die Nutzpflanzen aufgrund des Vegetationsverlaufs zuvor bereits einiges an Stress auszuhalten hatten. Schon das Frühjahr war zu trocken, im Winter hatten Frostperioden den Pflanzen zugesetzt.

Die ersten Vorschätzungen beim Getreide lassen gravierende Mindererträge erwarten. Die Einbußen beim Brotgetreide gegenüber dem Vorjahr liegen in Größenordnungen von 15% beim Winterweizen und 10% beim Roggen. Beim Winterweizen, als der anbaustärksten Getreideart, wie auch bei der häufig angebauten Sommergerste sind die Ertragseinbußen in den südlichen Anbaugebieten größer als im Norden des Landes. Bei den Futtergetreidearten wird für Triticale (eine Kreuzung von Weizen und Roggen) ein Minderertrag von 10%, bei Wintergerste von 13% erwartet. Die Ernte der Wintergerste musste in diesem Jahr sehr früh begonnen werden. Auch für Winterraps, bei dem man sich an ein Ertragsniveau um 3 t/ha gewöhnt hatte, gehen die ersten Schätzungen ungewöhnlich stark nach unten. Die Ernsterichterstatte erwarten nur 2,5 t/ha.

Von Januar bis Mai Plus bei Gästen und Übernachtungen

Urlaub in Rheinland-Pfalz erfreut sich wieder steigender Beliebtheit. Von Januar bis Mai dieses Jahres wurden knapp 2,3 Mill. Gäste gezählt, das waren 0,6% mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Übernachtungen stieg um 0,1% auf knapp 6,7 Mill. Nach dem Rekordjahr 2000 hatte die Branche – auch bundesweit – in den vergangenen beiden Jahren Rückgänge hinnehmen müssen.

Ein Grund für die positive Entwicklung in diesem Jahr könnte das anhaltend schöne Wetter sein. Der Blick auf die einzelnen Betriebsarten legt jedoch auch den Schluss nahe, dass mehr Menschen kostengünstige Erholung im Land suchen. Um 7,3% stieg in den ersten fünf Monaten die Zahl der Übernachtungsgäste in den Gasthöfen, die Übernachtungszahlen lagen um fast 19% über dem Vorjahreswert. Auch Ferienhäuser, Privatquartiere, Pensionen sowie Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime verzeichneten ein Plus an Gästen und Übernachtungen. Dagegen sank die Zahl der Gäste in den Hotels leicht um 0,2%, die Zahl der Übernachtungen lag dort um 1,4% unter dem Vorjahreswert.

Von dem Aufschwung profitierten vor allem die Fremdenverkehrsgebiete Hunsrück/Nahe/Glan und Westerwald/Lahn/Taunus. Auch die beiden stärksten Fremdenverkehrsgebiete im Land, Mosel/Saar und Eifel/Ahr, wiesen bei Gästen und Übernachtungen ein Plus auf, ebenso Rheinhessen. Dagegen waren das Rheintal und die Pfalz weniger stark nachgefragt als im vergangenen Jahr.

Die Preisentwicklung im Juli

Insgesamt sind die Preise im Juli gegenüber dem Juli 2002 um 0,8% gestiegen, gegenüber Juni 2003 liegen sie um 0,2% höher.

Insgesamt sind Nahrungsmittel – dazu gehören auch alkoholfreie Getränke – waren im Juli um 0,4% teurer als vor einem Jahr. Die Anhebung der Kraftstoffpreise zu Beginn der Urlaubszeit hat die Preise für den Bereich Verkehr um 1,5% nach oben klettern lassen. Zwar wirkt auch hier noch die im Januar in Kraft getretene fünfte Stufe der Öko-Steuer nach; der Einfluss der jüngsten Preisrunden an den Tankstellen ist jedoch nicht zu verkennen: Allein gegenüber dem Juni verteuerte sich dieser Bereich um 0,6%.

Die Urlaubszeit schlägt sich auch in den Preisen für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen nieder. Sie stiegen gegenüber dem Juni um 2,3% und liegen um 1,2% über dem Niveau des Vorjahresmonats.

Schulen liefern statistische Daten künftig via Internet – neues Verfahren spart viel Zeit

Mit Beginn des Schuljahres 2003/2004 wird die Übermittlung der Schuldaten nur noch auf elektronischem Wege in verschlüsselter Form via Internet möglich sein; Datenlieferungen auf Papier gehören damit der Vergangenheit an.

Das neue Programm mit dem Namen @SchuLE.rlp (automatischer Transfer von Schüler- und Lehrer-Erhebungsdaten in Rheinland-Pfalz) wurde jetzt den rund 1 800 allgemein bildenden Schulen im Internet zum Herunterladen bereitgestellt. Neben dem eigentlichen Erfassungsprogramm wird in der Anwendung zusätzlich eine Datenbank mitgeliefert, die ein Verwalten der Schüler- und Lehrerdaten ermöglicht. Das Programm ist außerdem so angelegt, dass versehentliche Falscheintragungen nicht möglich sind. Diese so genannten Plausibilitätsprüfungen sichern eine hohe Datenqualität.

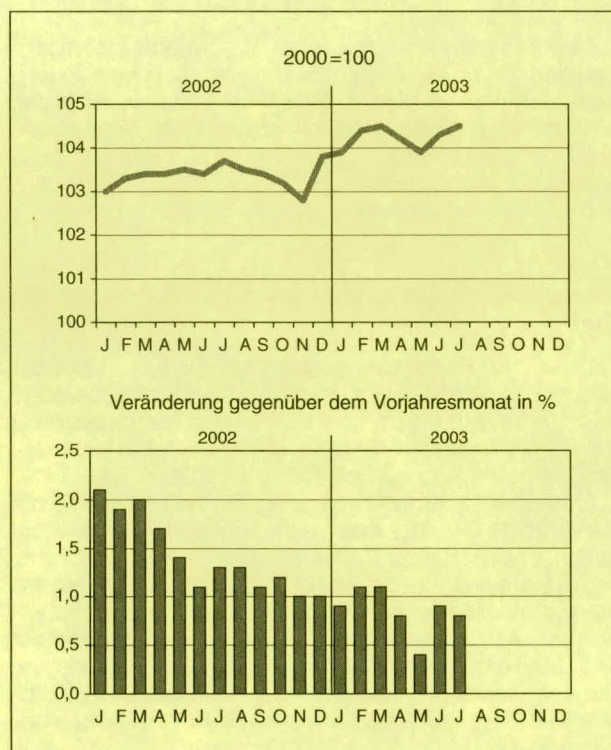
Der Aufwand für die Statistikbearbeitung in den Schulen wird sich durch den Einsatz von @SchuLE.rlp erheblich reduzieren. Da die Anwendung als Datenbanklösung angelegt wurde, ist – nach dem ersten Ausfüllen in diesem Herbst – in den Folgejahren nur noch eine Bestandspflege der Dateien notwendig.

Um die Anwender mit diesem neuen Erhebungsinstrument vertraut zu machen, wurden intensive Schulungen angeboten; mehr als 700 Schulbedienstete machten davon Gebrauch. Beim Einarbeiten in das Programm hilft außerdem ein Anwenderhandbuch im Internet.

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz nach Güter- und Dienstleistungsgruppen

Güter- und Dienstleistungsgruppe bzw. Lebenshaltung insgesamt	Veränderung gegenüber		
	Juli 2003	Juli 2002	Juni 2003
	2000=100	%	
Güter- und Dienstleistungsgruppen			
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	105,3	0,4	-0,7
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	110,1	4,4	-
Bekleidung und Schuhe	99,9	-0,5	-0,6
Wohnung, Wasser, Strom, Gas u.a. Brennstoffe	105,0	1,4	0,1
Möbel, Hausrat und laufende Instandhaltung	101,1	-	-
Gesundheitspflege	101,1	-0,8	0,3
Verkehr	106,8	1,5	0,6
Nachrichtenübermittlung	96,1	-0,3	-0,1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	101,2	-1,6	1,0
Bildungswesen	104,9	1,7	-
Beherbergungs- und Gaststätten- dienstleistungen	109,3	1,2	2,3
Andere Waren und Dienstleistungen	107,1	1,3	-
Gesamtlebenshaltung			
Verbraucherpreisindex	104,5	0,8	0,2

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz Januar 2002 bis Juli 2003



Zeichenerklärungen und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
–	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
·	Zahl unbekannt oder geheim zu halten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.

Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ · 1. – 8. Jahrgang 1948–1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz · Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bezugspreis: Einzelheft EUR 2,10, Jahresabonnement EUR 22,– zuzüglich Zustellgebühr · Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 56128 Bad Ems, Telefon 02603 71-2450, Telefax 02603 71-3150, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de oder durch den Buchhandel · ISSN 0174-2914.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2003 · Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.